


81. Sitzung, Montag, 18. Dezember 2000, 14.30 Uhr

 Vorsitz: *Hans Rutschmann (SVP, Rafz)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen
3. Voranschlag der Kantons Zürich für das Jahr 2001

 Antrag der Regierungsrates vom 13. September 2000
 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom
 23. November 2000; Fortsetzung der Beratungen

3809a Seite 6330

Verschiedenes

– Rücktrittserklärungen

- *Germain Mittaz aus der Kommission zur Prüfung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank* Seite 6394
- *Bruno Kuhn aus der Finanzkommission* Seite 6395
- *Markus Werner aus dem Kantonsrat* Seite 6395

– Glückwünsche der Regierungspräsidentin zum Jahreswechsel Seite 6396

– Glückwünsche des Kantonsratspräsidenten zum Jahreswechsel Seite 6398

– Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 6398

Geschäftsordnung

Ratspräsident Hans Rutschmann: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Keine Wortmeldungen.

3. Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2001

Antrag des Regierungsrates vom 13. September 2000 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 23. November 2000, **3809a**

Fortsetzung der Detailberatung

8 Baudirektion

Konto 8000, Generalsekretariat (Globalbudget)

Auswirkungen der Anträge zum Konto 8000, Generalsekretariat, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

Antrag der Finanzkommission zu Konto 8910, Natur- und Heimatschutzfonds

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 33'815'790

neu: Fr. - 26'815'790

Verbesserung: Fr. 7'000'000

(Keine zusätzliche Einlage in den Fonds.)

Mehrheit der Kommission Planung und Bau

Gemäss Antrag Regierungsrat

Minderheitsantrag Martin Bäumle, Adrian Bucher, Bernhard Egg, Werner Scherrer (FIKO)

Gemäss Antrag Regierungsrat

Minderheitsantrag Werner Hürlimann, Ernst Bachmann, Ernst Brunner (Ersatz für Ueli Kübler), Hans Frei, Bruno Grossmann, Ulrich Isler, Hanspeter Schneebeili (KPB)

Gemäss Antrag der FIKO

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission: Der Antrag der Finanzkommission auf Verzicht der Entschuldung um den Betrag von 7 Mio. Franken kam aufgrund der Annahme zustande, dass mit den Nachtragskrediten der III. Serie eine Entschuldung um 18 Mio. Franken beim Natur- und Heimatschutzfonds stattfinden würde. Aus rein zeitlichen Gründen – wir mussten den Antrag der Finanzkommission zum Budget früher beschliessen – fand die Abstimmung ausdrücklich unter diesem Vorbehalt statt. Nachdem nun, wie wir alle wissen, dieser Betrag von 18 Mio. Franken mit den Nachtragskrediten nicht gewährt worden ist,

zieht die Finanzkommission ihren Streichungsantrag von 7 Mio. Franken zurück, denn eine Entschuldung des Natur- und Heimatschutzfonds ist nötig.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Der Minderheitsantrag entspricht jetzt dem Antrag der Finanzkommission.

Werner Hürlimann (SVP, Uster): Ich stelle Ihnen im Namen der Minderheit der Kommission Planung und Bau zum Konto 8000, Generalsekretariat, den Antrag, keine zusätzliche Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds zu machen. Wir sind der Meinung, dass nur mit dieser Massnahme die Stellen in diesem Bereich zu einem sorgfältigen Umgang mit den finanziellen Mitteln gezwungen werden.

Es werden zum Beispiel ohne zwingenden Grund Schutzgebiete total umgestaltet. Durch Auflagen werden Grundeigentümern Flächen für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung entzogen, die dann dem Kanton zukünftig hohe Folgekosten verursachen. Es ist eine Tatsache, dass diese Stellen ohne Submissionen oder Konkurrenzofferten Arbeiten vergeben. Liegenschaftenkäufe werden sofort nach dem Kauf abgeschlossen. Ich bin gerne bereit, weitere Beispiele anzuführen.

Wenn Sie auf diese zusätzliche Einlage in den Natur- und Heimatschutzfonds verzichten, so hat dies auch die Änderung auf den Ertrag und den Aufwand beim Konto 8910, Natur- und Heimatschutzfonds zur Folge. Um in diesem Bereich eine Praxisänderung zu erreichen, bitte ich Sie, unseren Kürzungsantrag zu unterstützen.

Willy Furter (EVP, Zürich): Die Entschuldung des Natur- und Heimatschutzfonds um 7 Mio. Franken nimmt sich eigentlich recht bescheiden aus, wenn man berücksichtigt, dass die Gesamtverschuldung bis zum heutigen Tag auf rund 40 Mio. Franken aufgelaufen ist. In der letzten Woche haben wir es verpasst, eine Entschuldung um die Hälfte des Fehlbetrages zu beschliessen. Es wäre doch sinnvoll, wenigstens 7 Mio. Franken als Entschuldungsbetrag für das nächste Jahr einzusetzen. Dadurch würde die jährliche Zinsbelastung von etwa 2 Mio. Franken um rund 300'000 Franken reduziert. Der Regierungsrat hat die Baudirektion erneut aufgefordert, die Fondsentschuldung innert fünf Jahren vorzunehmen. Ich verstehe nicht, dass man diese Sanierung nicht vornehmen will. Ich empfehle Ihnen, auch im Namen der EVP-Fraktion, gemäss Antrag des Regierungsrates die 7 Mio. Franken zu bewilligen.

Felix Müller (Grüne, Winterthur): Ich bin der Finanzkommission dankbar, dass sie ihren Antrag zurückgezogen hat. Ich glaube, es ist absolut richtig und wichtig, dass jetzt, da es klar ist, dass Überschüsse im Raum stehen für das Jahr 2000, dieses Geld im Budget 2001 auch für den Schuldenabbau im Natur- und Heimatschutz eingesetzt wird. Wir haben das Gesetz ja so geändert, dass dort bewusst Gelder für die Schulden, die in den letzten Jahren angefallen sind, zur Verfügung gestellt werden können. Diese Schulden sollen abgebaut werden, damit das Geld in diesem Fonds nicht für den Schuldendienst, respektive Zinsen gebraucht werden muss – was der Sache kaum dient – sondern damit es effektiv für Leistungen eingesetzt werden kann.

Wenn Werner Hürlimann, wie er vorher ausgeführt hat, unzufrieden ist mit der Art und Weise, wie allenfalls die Gelder eingesetzt werden oder wie sich gewisse Geldgeber beziehungsweise Beamte des Kantons gegenüber den Geldempfängern verhalten, so ist es weder

opportun noch richtig, dies mit einem Geldentzug oder einem Verbot des Schuldenabbaus zu verbinden. Man soll dann am richtigen Ort ansetzen, nämlich indem man dieses Verhalten oder die Art und Weise der Geldvergabe rügt. Es wäre auch angezeigt, dass man allenfalls die entsprechenden Gesetze und Verordnungen ändert, wenn man mit der Geldvergabepraxis nicht zufrieden ist. Es ist aber gewiss nicht richtig, dies mit einer Kürzung zu bestrafen und das Geld für den Schuldenabbau und die Fondssanierung nicht zu sprechen. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Minderheitsantrag abzulehnen.

Ueli Keller (SP, Zürich): Zusätzlich zu den Argumenten, die meine Vorredner Felix Müller und Willy Furter schon vorgetragen haben, möchte ich noch auf das Argument von Werner Hürlimann eingehen, mit Geldern des Natur- und Heimatschutzfonds werde unsorgfältig umgegangen und beispielsweise die Submissionsverordnung nicht eingehalten. Wenn dem so ist, so bitte ich ihn, das konkret auf den Tisch zu bringen. Wir haben auch kein Interesse daran, dass bestehende Vorschriften in diesem Zusammenhang nicht eingehalten werden. Ich würde das sehr gerne mit ihm zusammen in der Kommission Planung und Bau verfolgen. Wenn es wirklich ernsthafte Probleme gibt, müsste sich wohl die Geschäftsprüfungskommission damit befassen. So kann es ja nicht gehen.

Es freut mich, dass die Finanzkommission jetzt ihren Minderheitsantrag zurückgezogen hat. So, glaube ich, ist der Weg frei, um wenigstens diese 7 Mio. Franken zur Entschuldung des Fonds zu nützen und damit dem Ziel der Regierung mit dem KEF, den Fonds innerhalb einiger Jahre vollständig zu entschulden, nachzukommen. Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Werner Hürlimann abzulehnen.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Es ist richtig, dass man die Gelegenheit wahrnimmt, wenn in einer Jahresrechnung die Möglichkeit besteht, Entschuldungen vorzunehmen. Die Frage ist aber, wo diese Entschuldung vorgenommen wird. In dieser Jahresrechnung ist lediglich im Natur- und Heimatschutzfonds vorgesehen, 7 Mio. Franken Schuldenabbau vorzunehmen.

Warum bringe ich hier den Vorbehalt an? Weil genau hier dieses Zeichen nicht zu setzen ist. Es gibt wirklich andere Sorgen und Nöte. Wir wollen auch erkennen lassen, dass wir den Schuldenabbau an anderen Orten besser vorsehen müssen. Wieso komme ich zum

Schluss, dass es genau jetzt im Natur- und Heimatschutzfonds nicht angebracht ist? Weil verschiedene Vorfälle genau zeigen, dass es hier so nicht gehen kann.

Ein erstes Beispiel: Im Natur- und Heimatschutzfonds wird Jahr für Jahr Land gekauft, um Schutzobjekte in die Hand des Kantons zu überführen. Das ist an sich nicht schlecht, diese Möglichkeit sollte auch in Zukunft bestehen bleiben – doch in dem Umfang, in dem es jetzt gemacht wird? In der Beantwortung einer Anfrage wurde klar aufgezeigt, dass in den vergangenen vier Jahren wieder für 3,5 Mio. Franken solche Landkäufe getätigt worden sind. Man muss zudem wissen, dass solche Käufe unmittelbar auf 1 Franken abgeschrieben werden müssen; das ist finanzpolitisch in Ordnung.

Wenn letztlich Beispiele herangezogen werden können, dass der Kanton heute sogar Flächen im Altlastenkataster einkauft, nur um Hecken und Büsche oder Teiche zu überführen, und sich damit zusätzliche Folgekosten auflädt, so ist das nicht in Ordnung.

Ein zweites Beispiel: In Neerach wurde diesen Herbst auf einer Fläche von 30'000 m² Humus 50 cm tief abgetragen und 15'000 m³ Erde abgeführt. Es wurde angegeben, ein Verein habe das an die Hand genommen. Aber die Hauptbeträge fliessen aus dem Natur- und Heimatschutzfonds. Da es sich um Kantonsland handelt, kommt dazu, dass nun auch dieses Land abgeschrieben werden muss und mit einigen hunderttausend Franken den Natur- und Heimatschutzfonds belastet.

Das sind nicht Sorgen und Nöte mit erster Priorität und genau darum hat die KPB das genau ausgeleuchtet und gesagt: Nein, hier keine Entschuldung. Nur der Stichtentscheid der Präsidentin verhinderte eine Mehrheit.

Ich bitte Sie unbedingt, mit dieser Entschuldung hier kein falsches Zeichen zu setzen. Behalten wir uns diesen Betrag vor für einen besseren Rechnungsabschluss – plus minus 7 Mio. Franken – oder nehmen wir ein weiter folgendes Traktandum zum Anlass, um allenfalls dort etwas zu entschulden.

Barbara Marty Kälin (SP, Gossau), Präsidentin der Kommission für Planung und Bau (KPB): Die Entschuldung des Natur- und Heimatschutzfonds ist ein Auftrag des Volkes. Wir haben am 22. September 1996 das Natur- und Heimatschutzgesetz geändert. Das Volk hat mit der Zustimmung zu dieser Änderung den Auftrag

gegeben, dass eine zusätzliche Einlage von maximal 10 Mio. Franken jährlich zur Schuldentilgung vorgenommen werden muss, respektive vorgenommen werden soll. Wenn wir jetzt auf diese Entschuldung einmal mehr verzichten – gegen den Antrag der vorberatenden Kommission KPB – missachten wir diesen Volkswillen.

Es wurde jetzt hier mehrmals mehr oder weniger klar angetönt, dass diese Verschuldung eben eine Folge von Fehl- und Misswirtschaft der für den Natur- und Heimatschutz Verantwortlichen sei. Dem ist nicht so. Die Verschuldung ist nicht darauf zurückzuführen, dass die Fondsmittel in der täglichen Arbeit falsch oder verschwenderisch ausgegeben worden wären, sondern sie lässt sich in den letzten zehn Jahren an ein paar wenigen grossen Ereignissen ablesen. Das hat im Jahr 1989 begonnen mit der Umbuchung von 22 Strassenfonds-Liegenschaften in den Natur- und Heimatschutzfonds. Es hat sich im Jahr 1990 fortgesetzt mit dem Erwerb des Landgutes Halbinsel Au, das die Baudirektion, beziehungsweise den Natur- und Heimatschutzfonds 11,5 Mio. Franken gekostet hat. Im Jahr 1991 betrug der Höchststand der Verschuldung 8 Mio. Franken. Nach einem Bundesgerichtsentscheid musste im Jahr 1992 die Villa Schönbühl in Zürich für 22 Mio. Franken erworben werden, da sie unter Schutz gestellt worden war und damit eine materielle Enteignung entschädigt werden musste. Seit dieser Zeit ist der Fonds im Minus. Wenn wir diese Schulden einfach über Jahre hinweg weiterschleppen, entziehen wir dem Fonds die notwendigen Gelder.

Ich möchte nicht wiederholen, was ich in meinem ersten Votum bereits gesagt habe. Wir erfüllen auch den gesetzlichen Auftrag nicht mehr, wenn wir von 20 Mio. Franken Einlage rund 2 Mio. Franken, das heisst 10 Prozent, für Schuldentilgung brauchen. Ich bitte Sie daher dringend, dem Antrag der KPB und nicht dem Minderheitsantrag, der auf diese Entschuldung verzichten will, zu folgen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Ich erlaube mir, noch einmal auf die Debatte über die Nachtragskredite zurückzublenden. Damals stand ein Antrag in der Luft, 18 Mio. Franken zu Lasten der Laufenden Rechnung 2000 in den Natur- und Heimatschutzfonds einzuwerfen. Wir haben uns damals ebenfalls aus grundsätzlichen Überlegungen gegen diesen Nachtragskredit ausgesprochen – mit der klaren

Bedingung, dass die 7 Mio. Franken im Voranschlag 2001 zu sprechen sind.

Wir haben auf eine Aufstockung verzichtet. Die 7 Mio. Franken sind das Minimum und entsprechen auch dem, was neben der KPB die grosse Mehrheit der Finanzkommission und auch der Regierungsrat beantragen, nachdem die Nachtragskredite so nicht genehmigt worden sind. Ich bitte Sie, hier das Mass zu wahren und diese 7 Mio. Franken im Voranschlag zu bewilligen.

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Wie ich der Diskussion vor allem in jenen Kreisen entnehme, welche die Einlage von 7 Mio. Franken bekämpfen, wird nun der Strassenfonds gegen den Natur- und Heimatschutzfonds ausgespielt. Ich denke das ist nicht korrekt, weil die Finanzierung der beiden Fonds völlig unterschiedlich ist. Beim Strassenfonds, den wir heute ja sicher noch ausgiebig diskutieren werden, haben wir die grosse Meinungsdivergenz zwischen dem Gleichgewicht von Einlagen aus allgemeinen Steuermitteln und der verursachergerechten Finanzierung. Beim Natur- und Heimatschutzfonds haben wir nur die Finanzierung durch Einlage allgemeiner Steuermittel und können diesen Fonds daher auch nur so entschulden.

Ich habe auch herausgehört, dass man ein erzieherisches Exempel statuieren möchte, da man das Gefühl hat, es werde mit den zur Verfügung gestellten Mitteln verschwenderisch umgegangen. Meine Damen und Herren, dem ist nicht so. Vor allem wenn Sie jetzt die 7 Mio. Franken für die Entschuldung streichen, kürzen Sie nicht das Betriebskapital dieses Fonds. Wir werden also nicht weniger Geld ausgeben – das Betriebskapital haben Sie uns in der Kommission bereits gesprochen – sondern Sie verhindern lediglich die Entschuldung.

Wenn Sie sagen, Sie möchten verhindern, dass wir mit den Mitteln im Natur- und Heimatschutzfonds verschwenderisch umgehen, so denke ich, dass die Präsidentin der KPB in aller Deutlichkeit dargelegt hat, wie es zu dieser Verschuldung gekommen ist. Wenn wir auf die letzten zehn Jahre zurückblicken, dann haben sich in kleinen Segmenten diese 30 bis 40 Mio. Franken ergeben – ohne Entscheidungsspielraum seitens der Baudirektion. Es war ein Entscheid der Regierung, die Liegenschaft Halbinsel Au zu kaufen, und es gab, aufgrund einer materiellen Enteignung, eine

Entschädigungsforderung bei der Villa Schönbühl. Das sind 20 Mio. Franken, die wir nun abschreiben müssen. Aufgrund solcher Fakten nun die Entschuldung in einem Jahr zu verhindern, in dem diese finanziell möglich wäre, ist in unseren Augen nicht der intelligenteste oder der weiseste Entscheid. Ich bitte Sie dringend, uns hier die Möglichkeit zu geben, einen Schritt zu gehen in Richtung des Auftrags der Gesamregierung, alle Fonds zu entschulden.

Abstimmung

Der Antrag des Regierungsrates und der Kommission Planung und Bau, Konto 8910, Natur- und Heimatschutzfonds, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, wird dem Minderheitsantrag Werner Hürlimann, Ernst Bachmann, Ernst Brunner (Ersatz für Ueli Kübler), Hans Frei, Bruno Grossmann, Ulrich Isler, Hanspeter Schneebeili (KPB) gegenübergestellt.

Der Kantonsrat stimmt mit 95 : 58 Stimmen dem Antrag der Kommission zu.

Antrag Hans Frei, Konto 8910, Natur- und Heimatschutzfonds, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, Reduktion des Zinsaufwandes

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Wie Sie vorhin gehört haben, geht es jetzt um das Betriebskapital, das wir zur Verfügung gestellt haben. Es sind dies rund 24 Mio. Franken. Das beinhaltet auch, dass für die Verzinsung des ganzen Fonds rund 2 Mio. Franken ausgewiesen sind. Nachdem Sie jetzt diese Entschuldung um 7 Mio. Franken vorgenommen haben, finde ich es angebracht, dass dieser Zinsaufwand für die 7 Mio. Franken aus dem Budget herausgenommen wird. Es sind 350'000 Franken. Mein Antrag lautet, dass der Aufwand um diesen Betrag reduziert wird.

Regierungsrat Christian Huber: Ich darf auf einen Rechnungsfehler aufmerksam machen. Nach Paragraph 25 der Verordnung über die Finanzverwaltung, wie wir sie geändert haben, beträgt der technische Zinssatz 4½ Prozent, so dass es nicht 350'000 Franken, sondern 315'000 Franken sind.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Ich denke, es ist noch ein weiterer Rechnungsfehler drin. Im Voranschlag, so wie er vorliegt, ist der Novemberbrief berücksichtigt. Und dieser rechnet mit einer Entschuldung von 18 Mio. Franken. Ich gehe davon aus, dass die entsprechende Zinsentlastung im Novemberbrief berechnet war. In diesem Sinne müsste hier sogar eine Korrektur nach oben gemacht werden, weil wir nicht 18 Mio. Franken, sondern nur 7 Mio. Franken

entschulden. Ich nehme an, die Baudirektorin Dorothee Fierz könnte hier noch korrekt Auskunft geben.

Der Antrag geht in die falsche Richtung. Die Kürzung würde das Gegenteil bewirken von dem, was als logische Folge aus den Beschlüssen bezüglich der Nachtragskredite III/2000 und dem Budget hervorgeht. In dem Sinne bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen und die Korrektur abzuwarten.

Hans Frei (SVP, Regensdorf): Ich darf soweit richtigstellen, dass dies nicht berücksichtigt worden ist. Bei den Nachtragskrediten III/2000 wurde der Zinsaufwand nicht berücksichtigt. Demzufolge sprechen wir klar von diesem Abbau. Ich bin einverstanden damit, dass es sich wegen der internen Verzinsung, die anscheinend 4½ Prozent beträgt, um 315'000 Franken handelt.

Felix Müller (Grüne, Winterthur): Aber lieber Hans Frei, zumindest die 7 Mio. Franken wurden schon berücksichtigt. Sie haben auch nicht beantragt, die entsprechenden Zinsauslagen zu erhöhen, sofern die 7 Mio. Franken Abschreibungen nicht eingestellt würden. Das wäre der richtige Weg gewesen und nicht die jetzige Verminderung auf einer Basis, auf der ein kohärenter Regierungsantrag im Kantonsrat durchkommt. Ich bitte Sie, diesen Antrag auf jeden Fall abzulehnen.

Abstimmung

Der Kantonsrat lehnt den Antrag Hans Frei, Konto 8910, Natur- und Heimatschutzfonds, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, mit 64 : 50 Stimmen ab.

Minderheitsantrag Adrian Bergmann, Hans Badertscher, Lorenz Habicher, Werner Schwendimann, Laurenz Styger (KEVU), Konto 8920, Strassenfonds,

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 33'815'790

neu: Fr. - 108'815'790

Saldoverschlechterung : Fr. 75'000'000

(Einlage von allgemeinen Steuermitteln in den Strassenfonds)

Esther Arnet (SP, Dietikon), Präsidentin der Kommission für Energie, Umwelt und Verkehr (KEVU): Wir diskutieren, wie der Präsident gesagt hat, einen Antrag von Adrian Bergmann und vier Mitunterzeichnern. Er fordert, dass man 75 Mio. Franken in den Strassenfonds einlegt und diesen Betrag aus dem allgemeinen Staatsgut nimmt. Die Mehrheit der KEVU lehnt diesen Antrag ab. Zwar gibt es verschiedene Argumentationslinien auch innerhalb der KEVU, die allerdings zum selben Schluss führen – nämlich dem Schluss der Mehrheit, dass dieser Antrag abgelehnt werden soll.

Einerseits führt er zu einer Saldoverschlechterung des Voranschlages um 75 Mio. Franken, andererseits wird in der KEVU auch argumentiert, dass intensive Verhandlungen betreffend der Verkehrsabgabenerhöhung im Gange sind und der Antrag nicht Bestandteil eines Gesamtkonzeptes zur Lösung des Problems ist.

Eine weitere Argumentation ist, dass, wenn man mehr Geld in diesen Strassenfonds legen will, dies zuerst über eine Erhöhung der Verkehrsabgaben führen soll. Daher beantragt Ihnen die Mehrheit der KEVU, den Antrag abzulehnen.

Adrian Bergmann (SVP, Meilen): Wir wissen es, der Strassenfonds ist überschuldet. Die Finanzierung dringend vorgesehener Strassenprojekte ist nicht gesichert. Vor wenigen Wochen wurde der wiederkehrenden Einlage von 75 Mio. Franken in den Strassenfonds auch von FDP-Mitgliedern die Unterstützung versagt. Die Begründung für das Nein liege darin, so Reto Cavegn hier im Rat, dass man nur gegen den Automatismus der wiederkehrenden Zahlungen sei. Eine Einmaleinlage würde schon unterstützt.

Auch die TCS-Mitglieder werden nun Freude haben, dass die jetzige Vorlage breit unterstützt wird. Oder freuen sie sich zu früh? Denn von links bis rechts haben sich am letzten Montag bei der Nachtragskredit-Diskussion fast alle Votanten für die Entschuldung von Fonds ausgesprochen. Man sagt, was gut tönt, handelt nachher aber anders. Man gibt vor, Schulden reduzieren zu wollen, ist aber plötzlich bereit, Hunderte von Millionen subito, siehe Traktandenliste, in eine Stiftung einzubringen. Verschaukelt wird mit diesem Vorgehen der Stimmbürger und Strassenbenützer.

Auch die Regierung, so hört man, wolle sich bemühen, die Fonds zu entschulden. Aber liebe Regierung, das Bemühen allein genügt nicht.

Und als ich dann am letzten Montag noch hörte, der Strassenfonds sei bis zum Jahr 2002 entschuldet, dann sind die Regierungsräte wahrscheinlich die Einzigen in diesem Saal, die daran glauben. Mit den 26 Mio. Franken von einer vorgesehenen Motorfahrzeugsteuererhöhung ab frühestens Mitte des nächsten Jahres kann die maximale Strassenfondsschuld von rund 63 Mio. Franken nicht beseitigt werden.

So tun, als ob man sich für die Lösung der Verkehrsmisere einsetzen würde, aber ja keine Mittel aus der Laufenden Rechnung dafür einsetzen – so nicht! Das sage ich an die Adresse der Regierung und unserer bürgerlichen Partner, geschätzter Balz Hösly, das sage ich als Volksvertreter und nicht als verlängerter Arm eines Regierungsrates. Mit diesem Vorgehen von Regierung und Teilen dieses Parlamentes wird der Strassenbenützer für dumm verkauft.

Die katastrophalen Verhältnisse beim Individualverkehr in und rund um Zürich werden sich in den nächsten Jahren massiv verschärfen. Man spricht sogar von Verkehrsnotstand. Wir verlangen deshalb die Bereitstellung der notwendigen Mittel. Rund 90 Mio. Franken werden gegenwärtig in den Verkehrsfonds eingelegt. Im Vergleich dazu sind unsere vorgesehenen 75 Mio. Franken minimal und beweisen hiermit ein sehr zurückhaltendes Vorgehen. In Anbetracht dessen, dass das Volk der Motorfahrzeugsteuererhöhung kaum zustimmen wird, haben wir hiermit die Chance, wenigstens die Verschuldung des Strassenfonds auszugleichen.

Sie haben es nun in der Hand. Auch Sie, lieber Ernst Jud, erhalten als armer, geprügelter Fraktionssprecher nun die Gelegenheit, aus der unbequemen Position im Spagat in den aufrechten Stand zu gelangen, um mit Ihren Fraktionskolleginnen und -kollegen wieder einen gradlinigen Weg zu gehen. (*Heiterkeit.*) Die irritierten FDP-Mitglieder, die Wirtschaft und die Strassenbenützer werden es Ihnen danken, wenn auch die FDP ein klares Bekenntnis zur Lösung der Verkehrsmisere abgibt und entsprechend handelt.

Das Vorgehen, Fondseinlagen aus der Laufenden Rechnung zu finanzieren, ist nicht neu und wurde auf kantonaler und auf Bundesebene bereits mehrmals praktiziert. Der Verkehrsfonds zum Beispiel wurde im Kanton Zürich mit jährlichen Einlagen von 50 Mio. Franken geäufnet. Dieser angesparte Stock von rund 250 Mio. Franken wurde dann für die rasche Einführung der S-Bahn verwendet. Mit dem Versprechen, das Nationalstrassennetz umgehend

fertigzustellen, begründete der Bund beim Volk im Jahr 1993 die Treibstoffzollerhöhung von 20 Rappen. Um vor der Urne für die NEAT die Realisierungschancen zu erhöhen, mussten dann Teile der bereitgestellten Strassenbaugelder im Umfang von zirka 2 Mia. Franken für die Finanzierung erhalten.

Zweistellige Milliardenbeträge sind in der Schweiz für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs bereits gesprochen. Auch der Regierungsrat des Kantons Zürich ermöglicht mit regelmässig einseitig zunehmenden Einlagen in den Verkehrsfonds diesen Weiteraufbau.

Für die Lösung der Verkehrsprobleme im Individualverkehr sind in den nächsten Jahren ebenfalls grössere Bauvorhaben zu realisieren; allein die Zürcher-Oberland-Autobahn beansprucht zum Beispiel etwa 600 Mio. Franken. Und da auch die Ost-Umfahrung mit dem Seetunnel Ausgaben in Milliardenhöhe auslöst, wird auch der kantonale Anteil noch beträchtlich sein.

Der Zürcher Strassenbenützer und das Gewerbe entrichten zunehmend mehr Abgaben. Rund eine Milliarde fliesst gegenwärtig pro Jahr nach Bern und nur ein Sechstel kommt zurück an den Kanton Zürich. Was unternimmt hier unsere Regierung, damit deutlich mehr zurückfliesst? Der Zürcher Strassenbenützer leistet auch bereits einen über das Verursacherprinzip hinausgehenden Beitrag, indem er den öffentlichen Verkehr mitfinanziert. Der Strassenbenützer hat genug von den Mühen und Bemühungen der Regierung und des Parlamentes und dem ewigen Neinsagen. Er erwartet nun, zusammen mit der Wirtschaft, aus diesem Rathaus dringend ein Signal, dass man bereit ist, sich der Verkehrsmisere anzunehmen.

Die SVP-Fraktion wird diesen Antrag unterstützen, weil es sich hier um ein substanzielles längerfristiges Vorhaben handelt. Sie will bei den personalintensiven Aufwendungen sparen. Strassen brauchen hingegen alle, und Investitionen in diesem Bereich gehören zu den absolut notwendigen Kernaufgaben des Staates.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Ich möchte mein Votum in drei Punkte gliedern; der erste betrifft das Finanzpolitische, der zweite die Frage der Zulässigkeit und der dritte die Glaubwürdigkeit der SVP.

Zum Finanzpolitischen: Die Finanzkommission hat sich dem Antrag der Regierung und der KEVU mehrheitlich angeschlossen, weil der andere Antrag masslos ist. Er würde den Voranschlag ins Negative kippen – und zwar nicht nur in die schwarze Null – sondern er würde

ein Minus von zirka 125 Mio. Franken verursachen und es verunmöglichen, wenigstens einen minimalen Schuldenabbau im nächsten Jahr zu gewährleisten. Wenn dieser Antrag kommt, würde das zu einer Mehrverschuldung von rund 65 Mio. Franken führen. Sie wollen ja genau hier allgemeine Steuermittel nehmen und diese dem Staat entziehen.

Wenn Sie diesen Antrag ablehnen, werden Sie zwar auch noch eine rote Null mit minus 50 Mio. Franken haben, aber zumindest werden für den Schuldenabbau noch etwa plus 10 Mio. Franken zur Verfügung stehen. Es ist also aus finanzpolitischer Sicht absolut unzulässig, diesen Antrag zu unterstützen.

Ich komme zur Zulässigkeit. Ich bin der Meinung, dass der Antrag auch von der Masslosigkeit her unzulässig ist und einen politischen Entscheid vorwegnimmt. Wir haben eine Vorlage zu den Verkehrsabgaben in der Pipeline. Wenn wir heute dem Volk vorgaukeln, wir geben 75 Mio. Franken in den Strassenfonds, weit mehr, als zur Entschuldung nötig wäre – was meiner Ansicht nach sogar klar unzulässig ist – geben wir damit auch ein Signal, dass wir die Verkehrsabgaben, deren Erhöhung ich zwar persönlich ablehne, wie sie auch die SVP ablehnt, gar nicht mehr vors Volk bringen müssen und der Antrag des Regierungsrates nicht mehr glaubwürdig ist.

Wir können nicht so politisieren, dass wir Vorlagen im Rat haben und diese Vorlagen gleichzeitig passiv unterlaufen. Das wird möglicherweise auch einer der Gründe sein, warum der TCS heute zu diesem Nein stehen kann und ein bisschen eine Brücke gebaut hat.

Ich komme nun zur SVP, zur Glaubwürdigkeit. Mir ist natürlich klar, dass Sie diesen Antrag stellen und auch hoffen, dass er durchkommt. Dann werden Sie nämlich das Budget mit uns zusammen ablehnen können. Dann wird es für dieses Budget keine Mehrheit mehr geben. Sie lehnen ja ohnehin ab. Sie sind ja ein Partner, der nicht genau weiss, was er machen wird.

Aber Sie haben am Anfang schon gesagt, das Budget sei so schlecht, man müsse dreistellig entschulden. Bis heute haben Sie aber nichts hingekriegt, ausser einer Mehrverschuldung. Wenn dieser Antrag durchkommt, sind Sie ja noch weiter weg von Ihren Zielen – Stellenabbau, Verschuldungsabbau und so weiter. Das heisst, Sie werden den Voranschlag mit markigen Worten ablehnen und wir würden dasselbe natürlich auch tun. Am Ende haben Sie Ihr Ziel

erreicht, der Voranschlag ist nicht genehmigt und wir hätten unser Ziel vielleicht auch erreicht, denn wenn der Voranschlag abgelehnt ist, können auch keine Gelder in den Strassenfonds fliessen. Ergo ist das Ganze ein Nullsummenspiel.

Und da bitte ich jetzt eigentlich die vernünftigen Kräfte im Rat, diesen masslosen Antrag abzulehnen, damit wir über das Budget weiter diskutieren können und die SVP von mir aus ihre Glaubwürdigkeit behalten oder verlieren kann, soweit sie eine solche überhaupt noch besitzt.

Willy Germann (CVP, Winterthur): Ich spreche zu allen Anträgen, die den Strassenfonds betreffen. Ich erwarte ein ziemlich kompliziertes Abstimmungsverfahren. Deshalb bitte ich Sie, bei allen Anträgen, die den Strassenfonds betreffen, der Regierung zu folgen.

Bei dem Antrag der SVP handelt es sich um einen klassischen Wundertüten- oder Wunderkerzenantrag. Die SVP möchte ein ausgeglichenes Budget, und zwar subito, und sie möchte sogar einen tieferen Steuerfuss durch das Volk festlegen lassen. Gleichzeitig möchte sie Staatsgelder in den Strassenfonds einlegen.

Wo diese Millionen im Budget eingespart werden sollen, diese Frage überlässt man netterweise dem Regierungsrat; man möchte diesem schliesslich nicht ins Handwerk pfuschen. Um diesen Antrag zu «bodigen» genügte es, Ihnen die Abstimmungstortur in der KEVU vor Augen zu führen und den entsprechenden Kommentar eines freisinnigen Ratsmitgliedes zu wiederholen. Doch ich halte mich an die Kommissionsdiskretion.

Interessant wäre ja nun, von Adrian Bergmann zu erfahren, wofür genau diese 75 Mio. Franken eingesetzt werden sollen. Zur Entschuldung des Fonds? Das hätte noch eine gewisse Logik. Oder zum vorgezogenen Strassenunterhalt über das Bauprogramm hinaus?

Nein, man beruft sich auf einen Verkehrsnotstand – Zitat: «... und ruft nach schnellen zusätzlichen Strassenbauten». Dabei wird die Regierung seit längerer Zeit mit immer neuen Strassenbaubegehren beglückt und sie ist auch eifrig daran, diese in eine Gesamtverkehrsplanung einzubeziehen. Diese läuft gemäss den finanziellen Vorgaben des KEF und des Bauprogramms.

Doch der Antrag der SVP soll den von Stau geplagten Autofahrern schöne Versprechungen machen, die auf viele Jahre hinaus nicht

erfüllt werden können. Sie hätten, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der SVP, auch eine weit höhere Zahl ins Budget 2001 einsetzen können – 250 Mio. Franken oder 500 Mio. Franken – so wie es der nasse Finger in der Luft gerade anzeigt. Am Bauprogramm hätte dies überhaupt nichts geändert und vor allem nicht am Stellenplan bei Planung und Tiefbau; auch im KEF nicht.

Sie haben ja selber gesagt, man müsse beim Personal sparen. Wer soll denn planen und projektieren? Also, der Antrag bleibt nichts anderes als Blendwerk. Und dann, Adrian Bergmann, zur Erinnerung: Wenn Sie das Bauprogramm und den KEF genau studieren, dann sehen Sie, dass die Investitionen in den Strassen sich bis auf 450 Mio. Franken in den nächsten vier Jahren steigern werden – eine Steigerung, wie es sie im Kanton Zürich noch nie gegeben hat.

Also bitte verzichten Sie auf das Jammerlied! Aber wir stehen ja unmittelbar vor Weihnachten. Da liegt es nahe, dem Volk einige Wunderkerzen anzuzünden. Das sprüht, zischt und blendet doch so hübsch und man kann dem Bürger laut «Ah» und «Oh» und «seht unser Verständnis» singen. Doch schnell bleiben bei Wunderkerzen eben nur Rauch und Gestank. Vielleicht merken bald auch immer mehr Politiker, dass immer mehr Wunderkerzen schliesslich den Baum namens Verkehrs- und Finanzpolitik anzünden könnten. Und bald merkt der Bürger sicher auch, dass Wunderkerzen noch keine Wunder ausmachen.

Ich hoffe nun, dass die FDP nicht in die Fusstapfen der SVP tritt und allgemeine Staatsmittel in den Fonds einschiesst, wenn auch in viel geringerer Dimension. Ich hoffe also, dass die folgenden Anträge zurückgezogen werden, sonst bitte ich Sie, wie gesagt, der Regierung zu folgen. Die CVP wird demgemäss auch den Antrag Martin Bäumle ablehnen.

Balz Hösly in seinem Peitschenvotum vor einer Woche und die SVP haben der Regierung vorgeworfen, sie täte nichts zur Sanierung des Strassenfonds. Tatsache ist, dass die Regierung eine recht gute Vorlage zur Erhöhung der Verkehrsabgaben gebracht hat. In der KEVU waren und sind wir durchaus bereit, kreative Vorschläge zur Modifizierung dieser Vorlage zu diskutieren. Aber die Kreativität der FDP und vor allem der SVP erschöpft sich in dieser Frage beim Abwarten und Neinsagen.

Noch eine Bitte an die SVP, nochmals in Zusammenhang mit den allgemeinen Staatsgeldern: Spielen Sie an einem Lawinengang nicht

mit Schneebällen! Ob die SVP einen grossen Schneeball ins Rollen bringt wie heute, oder die FDP einen kleinen Schneeball wirft, ist nicht erheblich, wenn beide eine Lawine auslösen. (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Roland Munz (LdU, Zürich): Vorweg vielen Dank an die Adresse der SVP. Sie haben mit Ihren Eingangsvoten zuvor ermöglicht, dass ich mein vorbereitetes Votum beiseite lassen kann. Es genügt nämlich voll und ganz, wenn ich Sie zitiere und gegen die Einlage von 75 Mio. Franken in den Strassenfonds votiere. Sie haben gesagt, es sei richtig, Schulden abzubauen, wenn Überschüsse anstehen. Vielen Dank, genau das möchte ich auch betonen. Wir können in der Strassenkasse die 75 Mio. Franken hervorragend gebrauchen, um unsere Schulden abzubauen. Schliesslich stehen nächstes Jahr dank LSVA-Abgaben, die uns vom Bund überwiesen werden, dank vorgesehenen Verkehrsabgabenerhöhungen, denen Sie ja dann hoffentlich zustimmen werden, dank all diesen Massnahmen grosse Mehreinnahmen in den Strassenfonds an.

Mehr brauchen wir wirklich nicht, um in den nächsten Jahren den Strassenfonds zu entschulden und wieder zu äufnen, um auch wieder guten Unterhalt der Strassen zu betreiben und, wo nötig, allenfalls noch Strassen zu bauen; beispielsweise, wie angesprochen, das Nationalstrassennetz noch zu vervollständigen. Das ist gut so, aber es reicht.

Umso unverständlicher ist nun der Antrag seitens der SVP. Sie wollen ja immer überall an allen Ecken und Enden sparen. Sie wollen die Steuern senken, wollen aber gleichzeitig auch 75 Mio. Franken mehr für den Strassenbau – da geht irgend etwas nicht auf. Ich verstehe das nicht, vielleicht können Sie mir das ja noch erklären. Wenn Sie schon sparen wollen, indem Sie beispielsweise keine zusätzlichen Krankenkassenprämien-Verbilligungen gewähren, dann aber bitte konsequent. Ausgerechnet Sie wollen jetzt offenbar dieses Geld, diese 75 Mio. Franken.

Sie scheinen Strassen höher zu gewichten als Menschen. Da kann die EVP-Fraktion nicht mitmachen, denn wir sehen das etwas anders. Im Unterschied zu Ihnen lehnen wir eine Einlage in den Strassenfonds ab. Ich hoffe nun, es seien auch alle anwesend, die zu diesem Geschäft ihre Stimme abgeben wollen, so dass wir keine

Rückkommensanträge behandeln müssen und diese Einlage in den Strassenfonds möglichst zügig ablehnen können.

Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich): Es ist jetzt schon das zweite Mal, dass wir über einen solchen Antrag von Adrian Bergmann diskutieren müssen und es sind wieder diese 75 Mio. Franken. Wenn ich die Traktandenliste anschau, dann sehe ich, dass dieser Vorschlag noch ein drittes Mal kommt; er hat nämlich noch ein Postulat dazu eingereicht – wieder 75 Mio. Franken in den Strassenfonds. Adrian Bergmann, Sie entwickeln sich langsam zu dem Kantonsrat, der die langweiligsten Vorstösse einreicht. Ich schlage Ihnen vor, legen Sie doch einmal eine neue Platte auf oder schieben Sie eine neue CD ein oder wechseln Sie einfach einmal die Zahl aus; dann können wir Ihnen hier auch mit anderen Zahlen antworten. Inhaltlich ist das gar nichts Schlaues, was Sie wollen und ich langweile mich jetzt schon ein bisschen, wenn ich daran denke, was wir im Februar hier diskutieren sollen. Durchkommen werden Sie mit diesen Vorschlägen nie und nimmer, und das wissen Sie auch.

Eigenartig finde ich aber, was hier in der SVP-Fraktion abgeht. Die SVP sagt ja immer, wie sehr sie auf der Seite der armen alten Leute sei. Und dann geht sie hin und kämpft dagegen, die Krankenkassenprämien-Verbilligung von 80 Prozent beim Bund abzuholen. Da ist sie dagegen und stellt sich klar gegen ihr Elektorat.

Die gleiche SVP sagt auch, man müsse die Steuern senken. Das sei jetzt wichtig und helfe ihrer Klientel. Was macht sie auf der anderen Seite? Sie tut alles dafür, dass die Steuersenkung um diese 2½ Prozent, welche die 75 Mio. Franken ja ausmachen, nicht zu Stande kommt. Sie würden sich gescheiter dafür einsetzen, dass diese 75 Mio. Franken bei der Staatskasse bleiben, dann könnten Sie dort nämlich 2½ Prozent Steuern sparen. Aber nein, Sie gehen den umgekehrten Weg und belügen Ihre Wählerinnen und Wähler.

Geld in den Strassenfonds? Von mir aus können Sie Strassen bauen, bis Ihnen die Ohren abfallen. Sie müssen es einfach selber bezahlen. Wenn Sie Strassen bauen wollen, können Sie diese selber bezahlen, indem Sie die Verkehrsabgaben erhöhen. Die Regierung hat bereits eine wunderbare Vorlage und Sie brauchen einfach dieser Vorlage zuzustimmen und dann können Sie Strassen bauen so viel Sie wollen. Aber solange Sie von der SVP immer noch den grünen Anti-Auto-Fundamentalisten hinterherlaufen, werden Sie nicht zu Ihren Strassen kommen.

Reto Cavegn (FDP, Oberengstringen): Die FDP, um es gleich vorwegzunehmen, wird der Einmaleinlage von 75 Mio. Franken in den Strassenfonds nicht zustimmen. Dazu jetzt eine sachliche Begründung, Adrian Bergmann, ich versuche das im aufrechten Gang zu tun. *(Heiterkeit.)*

Adrian Bäumle, hier noch ein Detail: Ich spreche im Namen der FDP und nicht im Namen des TCS. Wir teilen die Beurteilung, dass die aktuelle Verkehrssituation auf gewissen Strassen zu gewissen Stunden einem Notstand ähnlich kommt. Die Tendenz ist zunehmend. Die Massnahmen dagegen sind aber eingeleitet. Die Strategie Hochleistungsstrassen (HLS) steht, die dazugehörigen Projekte sind auf der Schiene.

Was bewirken jetzt die 75 Mio. Franken, die heute pauschal in den Strassenfonds eingelegt werden sollen? Im Moment bewirken sie gar nichts. Weder kann die Oberland-Autobahn schneller gebaut, noch die Ost-Umfahrung oder der Seetunnel beschleunigt werden. Auch mit den 75 Mio. Franken erfolgt der Ausbau der Nord-Umfahrung, Gubrist-Tunnel nicht schneller und auch die N4, Knonauseramt wird keinen Tag früher fertiggestellt.

Die Einlage von 75 Mio. Franken heute ändert am Verkehrsnotstand überhaupt nichts, denn in der Baudirektion liegen keine Projekte wegen Geldmangels auf Eis. Wenn wir jetzt Ja sagen zu diesen 75 Mio. Franken, kippt das Budget gänzlich in die roten Zahlen, ohne dass es den Strassenbenützern und so weiter etwas bringt.

Unsere heutige Ablehnung heisst aber nicht, dass wir gegen die Verwendung von allgemeinen Steuermitteln für den Strassenbau sind. Diese Diskussion, Hartmuth Attenhofer, werden wir dann noch führen. Sie haben dazu auch unseren Fraktionspräsidenten im Eintretensreferat gehört; es wird in Zukunft eine Möglichkeit sein.

Aber auch für diese Finanzierung sind die Massnahmen eingeleitet. Mit unserem Postulat «Realisierungs- und Finanzierungskonzept» verlangen wir vom Regierungsrat ein Konzept, was wann für wie viel Geld gebaut werden muss. Zudem verlangen wir in diesem Zusammenhang auch eine Entschlackung des Strassenfonds. Erst wenn diese Angaben vorliegen, erst wenn die Aufwandseite des Strassenfonds entschlackt ist, erst dann haben wir eine seriöse Grundlage für die Einlage von allgemeinen Steuermitteln. Und auch dazu gehört eine vorsorgliche Finanzierung, wie wir sie für die

Projekte des öffentlichen Verkehrs kennen. Auch diese können erst auf dieser Grundlage vorgenommen werden.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren – aufgeschoben heisst nicht aufgehoben – lehnt die FDP die 75-Millionen-Franken-Einlage ab.

Hans Badertscher (SVP, Seuzach): Die Strasse ist nach wie vor die wichtigste Mobilitätsgrundlage unserer Gesellschaft. Sie dient, und das müssen Sie zur Kenntnis nehmen, nicht nur der Fortbewegung der schweren Lastwagen und dem privaten Personenverkehr. Nein, auch Busse und Trams des öffentlichen Verkehrs benutzen unsere Strassen, um ihre wichtige Aufgabe zu erfüllen, nämlich Menschen zu befördern – und dies möglichst rasch, pünktlich und sicher. Studien sagen, und auch dies habe nicht ich erfunden, dass der Verkehr in Zukunft weiter anwachsen wird – trotz langjähriger, intensiver Förderung des Schienen-Güterverkehrs, trotz massiver Verteuerung des Güterverkehrs auf der Strasse als Folge der Verdoppelung der Schwerverkehrsabgabe und jetzt nachfolgend der LSVA, welche markante Beträge einfahren wird.

Unsere Strassen werden stark benutzt. Eine Abnutzung kann nicht vermieden werden. Ich möchte an dieser Stelle noch betonen: Vergessen Sie nicht, dass wir 300'000 40-Tonnen-Kontingente bewilligt haben. Diese Fahrzeuge werden sich im Laufe des Jahres 2001 auf unseren Strassen bewegen und das wird sich auch auf den Strassenunterhalt auswirken. Deshalb müssen wir die Strassen laufend unterhalten und sanieren – und dies nicht nur dann, wenn wir im Strassenfonds Geld zur Verfügung haben.

Unser Regierung versucht ja seit Jahren, die Motorfahrzeugsteuer zu erhöhen. Der nächste Versuch steht, wie Sie alle wissen, vor der Tür. Die 20-prozentige Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer mit Mehreinnahmen von 53 Mio. Franken im Jahr soll zur Entschuldung des Strassenfonds und nicht direkt für die Strasse verwendet werden.

Sind die Einnahmen aus der LSVA noch garantiert, wenn die Strassenverhältnisse immer prekärer werden, wenn der Verkehr gänzlich ins Stocken kommt und die Transportmöglichkeiten behindert? Es gibt auch dadurch viel weniger LSVA-Kilometer und dadurch selbstverständlich weniger Geld für Bund und Kanton. Also auch der Kanton wird profitieren und spüren, ob gefahren wird oder nicht.

Da habe ich persönlich ein Problem. Auf der einen Seite nimmt man das Geld aus der LSVA sehr gerne entgegen und finanziert nicht die Strasse, sondern andere Projekte, und auf der andern Seite will man diese Milchkuh laufend behindern.

Viele von Ihnen glauben, dass durch die Stausituationen mancher Automobilist in Zukunft aufs Auto verzichten wird. Dies geht nicht so einfach. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger sind aus beruflichen Gründen oder wegen unregelmässigen Arbeitszeiten aufs Auto angewiesen. Ich bitte Sie, dies auch zu bedenken. Auch die Wirtschaft hat Anspruch auf gute Rahmenbedingungen für die Transporte, die nur auf der Strasse ausgeführt werden können.

Dies sind Überlegungen, die Sie in Ihre Entscheidung einbinden sollten. Ich bitte Sie, die Verhältnisse, die heute auf unseren Strassen leider herrschen, ernst zu nehmen und uns mitzuhelfen, diese Situation zu verbessern, indem Sie unseren Antrag unterstützen.

Ernst Jud (FDP, Hedingen): Ich habe letzte Woche seitens der SVP unverdient Prügel bekommen, weil ich mich ehrlich für ein ausgeglichenes Budget eingesetzt habe. Ich kann trotzdem die jetzt angebotenen Blumen aus gleicher Hand nicht annehmen.

Es braucht sowohl ein gutes Strassennetz, um den anfallenden Verkehr zu bewältigen, als auch ein gutes Schienen- und Strassennetz für den öffentlichen Verkehr. Dafür braucht es sowohl die nötigen Mittel aus der Laufenden Rechnung wie auch höhere Verkehrsabgaben. Ich habe mich dazu wiederholt schon mündlich und schriftlich geäussert.

Ich hoffe, dass auch die SVP nicht nur für Mittel aus der Laufenden Rechnung für die Strasse ist, sondern auch für die nötigen höheren Verkehrsabgaben, wenn wir das im Laufe des nächsten Jahres behandeln. Somit wären wir dann im Grundsatz einig.

Warum geht es jetzt nicht, die 75 Mio. Franken im Budget 2001 einzusetzen? Bei den Nachtragskrediten III/2000 hätte es in der guten Rechnung 2000 Platz gehabt. Die Regierung hat es unterlassen, etwas für den Strassenfonds einzusetzen, so wie sie es für andere Fonds gemacht hat. Ich habe das kritisiert. Darum hat auch eine Mehrheit alle Fondseinlagen abgelehnt. Es wäre an der grössten Fraktion hier drin gewesen, einen entsprechenden Antrag zu stellen; er wäre nämlich durchgekommen.

Im Voranschlag 2001 haben die 75 Mio. Franken keinen Platz, denn wir sind mittlerweile nicht mehr ganz bei schwarzen Zahlen und wir wissen, dass noch einiges dazukommt. Wir haben aber auch gehört, dass die Rechnung wahrscheinlich so gut sein wird, dass es wieder Platz hat – hoffentlich auch für eine Einlage in den Strassenfonds im Laufe des Jahres. Wir werden das wieder aufgreifen, wenn wir die höheren Verkehrsabgaben behandeln und dann werden wir eine Entnahme für die Strassen aus der Laufenden Rechnung befürworten. Über die Höhe werden wir noch diskutieren müssen.

Felix Müller (Grüne, Winterthur): Nach meiner Überzeugung dient der Individualverkehr, überhaupt die Mobilität, die wir heute haben, nicht mehr dem volkswirtschaftlichen Nutzen, sondern verursacht gesamthaft nur noch volkswirtschaftliche Kosten; nicht nur im Bereich des Strassen- und Verkehrswegunterhaltes allgemein, sondern – wir wissen es ganz genau – auch im Bereich Umwelt, Gesundheit, Gerichtsbarkeit und so weiter und so fort.

Der Antrag, der hier gestellt wird, der nicht einmal dazu dienen soll, eine Entschuldung im Fonds zu haben, sondern am Schluss darauf abzielt, noch mehr Strassen zu bauen – es wurde ja ausgeführt – zeigt nur allzu deutlich und beweist, dass der motorisierte Individualverkehr nicht einmal mehr seine direkten Kosten zahlt, wie es männiglich die bürgerlichen Parteien immer behauptet haben. Der Strassenverkehr ist also nur noch ein Kosten verursachendes Element und da nützen auch die Ausführungen von Hartmuth Attenhofer nichts mehr. Selbst wenn die Strassen privat finanziert und gebaut würden, ist es lächerlich zu behaupten, dass dann der Strassenverkehr in seiner Ausweitung tolerierbar wäre. Auch dann verursachte er Umwelt- und Gesundheitsschäden und was es alles an Kosten gibt, die der Strassenverkehr verursacht.

Es ist ja so – ich habe es beim Strassenbauprogramm auszuführen versucht: Wir haben unser Strassenproblem nicht wegen mangelnder Verkehrsbauten, sondern trotz intensiven Bauens von Verkehrswegen in den letzten vierzig Jahren. Wir haben viel zu viel gemacht, haben den Strassenverkehr noch mehr aufgeblasen. Die Mehrheit hier drin, insbesondere die SVP mit ihrem Antrag, hat den Eindruck, dass, wenn man den Strassenverkehr noch mehr aufbläst, es zu einer Entlastung führt. Das Gegenteil wird der Fall sein. Es wird noch schlimmer kommen; je mehr Sie bauen, desto schlimmer wird es mit dem

Individualverkehr auf der Strasse werden. Beherzigen das einmal und es wird sich bessern!

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die FDP findet bei den Steuererträgen 30 Mio. Franken auf der Strasse und wir von der SVP wollen 75 Mio. Franken für die Strasse, für den Strassenunterhalt und -bau ausgeben.

Leider steht die SVP-Fraktion mit ihrem Antrag, dem Strassenfonds die dringend benötigten Mittel für Bau und Unterhalt zukommen zu lassen, alleine mitten auf der Strasse. Der Strassenfonds ist mit 63 Mio. Franken verschuldet. Die restlichen 12 Mio. Franken können aus meiner Sicht auch, gemäss Volkswillen, für Radwege verwendet werden. So schnell sind 75 Mio. Franken verschwunden.

Als würden nicht alle hier im Ratsaal und tagtäglich im Verkehrsstau rund um Downtown Switzerland von der Dringlichkeit dieses Anliegens Kenntnis haben. Trotzdem verweigern Sie, geschätzte Damen und Herren auch der FDP, der ehemaligen bürgerlichen Wirtschaftspartei, unserem Antrag Ihre Unterstützung; die Netten verbrüdern sich mit den Linken in einem rot-blau-grünen Bündnis zum Erreichen der schwarzen Null im Budget 2001. Der Strassenfonds bleibt dabei auf der Strecke. Falls die FDP-Mitglieder glauben, die nötigen finanziellen Mittel allenfalls per Nachtragskredit in den Strassenfonds fliessen lassen zu können, so sind sie schlecht beraten. In der Verordnung über das Globalbudget ist unter Paragraph 14 sinngemäss aufgeführt: Ist der zusätzliche Mittelbedarf eine Folge exogener Faktoren, so können nach den Paragraphen 29 und 30 des Finanzhaushaltsgesetzes die fehlenden «Fränkli» per Nachtragskredit beantragt werden.

Die von Ihnen selbst beantragten und beschlossenen Projekte und seit langem geplanten Strassenbauvorhaben können auch von einer FDP-Regierungsrätin nicht wirklich als exogene Faktoren deklariert werden. Die Finanzierung via Nachtragskredit ist somit gestorben und die Entschuldung des Strassenfonds ohne Ihre Unterstützung ebenfalls. Wenn sich die FDP also nicht als Strassenbauverhinderungspartei neben den Roten und den Grünen einreihen will, so gibt es nur einen gangbaren Weg – den über den Budgetantrag der SVP-Fraktion.

Wer aus dem Rahmen fällt, ist nicht mehr im Bild. Die FDP ist auf dem besten Weg, in der Verkehrspolitik von der Bildfläche zu

6354

verschwinden. Geschätzte Damen und Herren, unterstützen Sie den Antrag der SVP-Fraktion.

Peter Stirnemann (SP, Zürich): Zu Hans Badertscher: Er sagt, Strassen stünden allgemein zur Verfügung, also solle die Allgemeinheit auch an die Kosten der Strassen beitragen in Form von allgemeinen Staatsmitteln. Ja, das passiert auch tatsächlich. Es fliessen allgemeine Staatsmittel den Strassen zu, bloss sieht man das nicht. Da sind einmal die ganzen Überwachungs- und Sicherheitskosten von Seiten der Kantons- und Verkehrspolizei. Beachtliche Mittel, die nicht in der Strassenrechnung auftauchen, sind dort in der entsprechenden Direktion untergebracht und nicht beispielsweise beim Strassenfonds.

Dann gibt es den Paragraf 37 im Strassengesetz, in dem das Duldungs- beziehungsweise Verursacherprinzip gilt. Danach wird eine Einrichtung, welche die Strassen benützt – zum Beispiel der öffentliche Verkehr, Strassenbahnen, aber auch Busse – selbstverständlich zur Kasse gebeten, sobald sie veranlasst, dass an Strassen etwas geschieht oder verändert wird. Das wird bezahlt und zwar aus dem Verkehrsfonds. Es fliessen also Mittel aus dem öffentlichen Bereich in den Strassenbereich und das sind allgemeine Staatsmittel. Wir haben das schon, aber es erscheint eben nicht. Nur damit wir das nicht immer so darstellen, als hätten die armen Strassenbenützer alles zu zahlen; das ist nicht wahr.

Wenn Sie jetzt sagen, der öffentliche Verkehr, die Busse müssten auch noch etwas bezahlen in Form von Verkehrsabgaben, machen wir doch einfach die Rechnung! Nehmen wir einmal an, die 300 Busse der VBZ müssten je 1000 Franken bezahlen, so ergibt das 300'000 Franken im Jahr. Das ist ja nun wirklich ein ganz bescheidener Betrag. Den kann man schon bezahlen, aber wenn Sie die 300 Busse vergleichen mit den Hunderttausenden von individuellen privaten Verkehrsmitteln, die auf der Strasse verkehren, können Sie auch die Relationen herstellen und sehen, wer denn vor allem die Strassen benützt und wer veranlasst, dass man Strassen in dem Umfang, in dieser Dimension überhaupt baut. Also hören wir endlich auf damit, das gegen einander auszuspielen und nehmen wir zur Kenntnis, dass bereits allgemeine Staatsmittel den Strassen zufließen.

Um es kurz zu sagen, dieser Antrag von 75 Mio. Franken ist absolut daneben.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Adrian Bergmann hat von zweistelligen Milliardenbeträgen gesprochen, die in den öffentlichen

Verkehr geflossen seien. Ja, Adrian Bergmann, Sie haben Recht. Seit etwa Mitte der Siebziger Jahre ist es so gegangen, aber zwischen 1900 und 1975 sind keine Milliardenbeträge in den öffentlichen Verkehr geflossen. Da hat es ein bisschen Zustüpfte gegeben, um hier und dort eine Doppelspur auszubauen. Seien wir deshalb ein bisschen vorsichtig mit dieser gegenseitigen Ausspielerei!

Sie sprechen auch vom Verkehrsnotstand in Zürich und von Staus. Also gut, bauen wir noch mehr Strassen, kommen noch zügiger an den Stadtrand von Zürich und bleiben nachher noch mehr im Stau stehen, weil nämlich das innerstädtische Strassennetz gebaut ist und nicht noch mehr Verkehr aufnehmen kann. Also werden Sie, ohne es zu wollen, am Schluss noch zum Staukönig gekrönt und ich glaube, auf diese Ehre wollen Sie ganz sicher verzichten.

Ein anderes noch: Seit etwa 28 Jahren kennen wir Verkehrsabgaben. Meine Damen und Herren, diejenigen, die damals schon aktiv waren, rechnen Sie einmal zurück, was Sie damals verdient haben und was Sie heute verdienen! Vielleicht kann der eine oder die andere mit zwei multiplizieren. Oder was ist mit den Strassenverkehrsabgaben passiert, «waseliwas»? (*Heiterkeit.*)

Es ist doch ganz genau gleich geblieben, so wie es war. Da wäre es doch bei Gott an der Zeit, dass man hier einmal ein kleines Schöpfchen gäbe. Ich bin auch nicht der Meinung, dass man gross dreinfahren soll. Aber so wie es die Regierung vorgeschlagen hat, wäre es doch ein Konsens, bei dem wir uns auch mit SVP-Leuten treffen könnten. Nach meiner Überzeugung ist das möglich. Es gibt in der SVP Leute, mit denen man sehr wohl diskutieren kann. Auch mit den anderen geht es – vielleicht ein bisschen mehr oder weniger, aber trotzdem.

Noch etwas: Es ist von der Strassenbenützung durch die Trams und Busse gesprochen worden. Es stimmt, diese brauchen die Strasse auch, aber stellen Sie sich einmal vor, diese 60 Passagiere eines Busses oder 330 Passagiere eines doppelten Tramzuges würden auch noch mit ihrem persönlichen Auto zur Arbeit fahren, dann würde Adrian Bergmann zum Staukaiser.

Sie sehen, das öffentliche Verkehrsmittel trägt dazu bei, dass das private Verkehrsmittel auch einigermassen vorwärts kommt. Da komme ich wieder auf meine alte Platte, die ich immer und immer wieder auflege und die ich Ihnen heute einmal mehr zumute. Wie wäre es, wenn Sie, Adrian Bergmann, der Sie in Meilen zu Hause

sind, es doch einmal mit der S-Bahn versuchten – dann hätten Sie nämlich alle diese Probleme weniger. Wenn gesagt wird, es habe überall Stau, wissen Sie, wann diese Staus stattfinden? Immer am Morgen um acht Uhr. Etwa um neun Uhr meldet das Radio, es habe sich alles beruhigt. Also kommen alle diejenigen, welche ausserhalb der normalen Arbeitszeit arbeiten, schlank in die Stadt und wieder schlank zur Stadt heraus.

Es darf nicht angehen, dass wir diese beiden Verkehrsträger gegeneinander ausspielen. Ich bin der Ansicht, dass wir in der gleichen Richtung am gleichen Strick ziehen müssen. Der Kredit, den Sie jetzt vorschlagen, geht in die falsche Richtung. Das ist ein Grund, weshalb ihn die EVP-Fraktion nicht unterstützen kann.

Noch einmal: Wenn wir zusammen am gleichen Strick in die gleiche Richtung ziehen, dann kommen wir alle vorwärts – auf der Schiene und auf der Strasse.

Lukas Briner (FDP, Uster): Ich entschuldige mich bei all jenen, welche die Botschaft der FDP verstanden haben und bringe sie doch noch einmal für jene, die sie, wie Lorenz Habicher, offensichtlich nicht verstanden haben. Und ein freundlicher vorweihnachtlicher Wunsch an Lorenz Habicher: Lesen Sie doch nicht ein Papier vor, das sie offensichtlich geschrieben haben, bevor Ernst Jud gesprochen hat. Reto Cavegn und Ernst Jud haben es erklärt: Wir sind für die Einlage allgemeiner Staatsmittel; wir wissen, dass es heutzutage Unterstützung aus allgemeinen Steuermitteln für den Unterhalt der Strassen braucht.

Aber wir sind gegen jenes automatische Giesskannenprinzip, das auch Sie bei den Radwegen bekämpft haben mit eben diesem Argument. Und wir sind der Meinung, dass es gezielt nach Massgabe der jeweiligen Bedürfnisse und Möglichkeiten des Finanzhaushaltes geschehen soll.

Es wäre bei den Nachtragskrediten letztes Mal zu Lasten der Laufenden Rechnung möglich gewesen, aber die Regierung hat es nicht gewollt und es war daher nicht drin.

Wir sind aber auch für das Verursacherprinzip. Das berühmte Verursacherprinzip ist nicht etwa eine Erfindung der Grünen, sondern ein tiefes Anliegen der Wirtschaft, da es das einzige Prinzip ist, das nicht wettbewerbsverzerrend wirkt und in dem jeder die Kosten, die er verursacht – auch beim Transport – zu bezahlen hat, egal ob es ihm

gut geht oder schlecht. Sonst haben wir eine Quersubventionierung über die Steuern. Jene Unternehmungen, die Steuern zahlen, subventionieren den Verkehr und zu denjenigen, die keine Steuern zahlen, kann die Wirtschaft auf keinen Fall stehen.

Wenn Sie von Neinsagern sprechen, dann muss ich Ihnen sagen: Neinsager war bei allem Respekt immer das Volk; das selbe Volk, das sich aber wiederholt für das Verursacherprinzip ausgesprochen hat. Wir dürfen das ernst nehmen, wenn das Volk Nein sagt, aber wir dürfen nicht davon ausgehen, dass das Volk Ja gesagt hat zu allgemeinen Steuermitteln.

Im Übrigen, liebe Freunde von der SVP, wollen Sie ja laufend ein Budget verschlechtern, das Sie selbst im Voraus schon ablehnen. Also mit anderen Worten, Sie sind wie jemand, der ständig das Fleischgericht versalzt, obwohl er sich im Voraus zum Vegetarier erklärt hat.

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Nach dem brillanten und klärenden Votum von Kantonsrat Lukas Briner kann ich mich natürlich sehr kurz fassen und mich auf eine Präzisierung und eine allgemeine Feststellung beschränken. Die Präzisierung geht auf das Votum von Reto Cavegn zurück. Sie haben mit Recht gesagt, dass im Moment keine ausführungsfähigen Projekte wegen fehlender Mittel blockiert sind. Was aber parkiert ist, sind die vielen kleinen Bauprojekte, Bauwünsche der Gemeinden oder auch der Regionen, die wir gar nicht in die Planungsphase aufnehmen können. Im Rahmen der ganzen Priorisierung müssen wir sehr viele Projekte zurückstellen und den Gemeindevertretern auf ihre Bedürfnisse negative Antwort geben.

Nun zum klärenden Punkt. Wir kämpfen in der Regierung und mit Ihnen als Kantonsrätinnen und Kantonsräten nun seit Stunden um ein möglichst ausgeglichenes Budget und erfahren, ebenfalls gemeinsam, wie heikel es ist, das labile Gleichgewicht zu bewahren. Wenn wir nun um zehn vor vier am Nachmittag, kurz vor Schluss dieser Budgetdebatte den Aufwand um 75 Mio. Franken steigern, dann ist das keine Kleinigkeit. Die 75 Mio. Franken liegen nicht im Graubereich und sie können auch nirgends kompensiert werden. Das sind Gründe, weshalb ich auch als Baudirektorin sagen muss, dass ich es verantwortungslos finde, hier noch 75 Mio. Franken im Aufwand einzustellen. Ich bitte Sie, diesen Antrag abzulehnen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Adrian Bergmann, Hans Badertscher, Lorenz Habicher, Werner Schwendimann, Laurenz Styger (KEVU), Konto 8920, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung (Einlage von allgemeinen Steuermitteln in den Strassenfonds) wird dem Antrag der KEVU (Verzicht auf eine Einlage) gegenübergestellt. Der Kantonsrat stimmt mit 110 : 55 Stimmen dem Antrag der KEVU zu.

Konto 8300, Raumordnung und Vermessung

Antrag der Kommission Planung und Bau und der Finanzkommission

Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung

alt: Fr. - 10'257'300

neu: Fr. - 9'985'800

Verbesserung: Fr. 271'500

(Erhöhter Deckungsgrad beim GIS-Zentrum)

Ratspräsident Hans Rutschmann: Es geht hier um einen erhöhten Deckungsgrad beim GIS-Zentrum. Die Regierung ist mit dieser Verbesserung einverstanden.

Felix Müller (Grüne, Winterthur): Ich stelle dazu keinen Antrag, möchte aber doch zuhänden des Protokolls Folgendes vermerken: Ich habe mich als Mitglied der KPB nicht für diese Verbesserung stark gemacht, weil ich genau weiss, auch von den Vertreterinnen und Vertretern der Baudirektion, dass eine absolut perfekte Kostenrechnung nicht möglich ist und es auch einen Ermessensspielraum gibt, indem man sich bewegen muss. Ich habe mich für diesen Antrag nicht eingesetzt, weil ich weiss, dass es SVP- und FDP-dominierte Gemeinden sind, die bestraft werden. Es ist eine SVP- und FDP-dominierte Baudirektion, die den Antrag ursprünglich im Budget so eingestellt hat. Und es ist eine bürgerlich dominierte Regierung, die diesen Antrag letztlich auch gewollt hat.

Zuhanden des Protokolls möchte ich aber doch vermerken, dass wir letzte Woche vom Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich einen Brief erhalten haben, in dem genau dieser Antrag, der von der Mehrheit der bürgerlichen Parteien lanciert worden ist, kritisiert wird. Man beantragt dort, dass der Antrag zurückgezogen wird. Ich empfinde es nicht als meine Sache, dies zu tun, möchte es aber doch bemerkt haben.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt mit 83 : 4 Stimmen dem Antrag der Kommission Planung und Bau und der Finanzkommission, Konto 8300, Globalbudget, Saldo Laufende Rechnung, zu.

Konto 8400, Tiefbau (Globalbudget)

Antrag der KEVU

Globalbudget, Ertrag Laufende Rechnung

alt: Fr. 354'856'200

neu: Fr. 360'856'200

Verbesserung: Fr. 6'000'000

Globalbudget, Aufwand Laufende Rechnung

alt: Fr. - 354'856'200

neu: Fr. - 360'856'200

Verschlechterung: Fr. 6'000'000

(Mehrausgaben von Fr. 6'000'000 für Strassenunterhalt; Sicherungs- und Verstärkungsbauten zu Lasten des Bestandeskontos des Strassenfonds.)

Minderheitsantrag Toni W. Püntener, Esther Arnet, Luzia Lehmann, Peter Stirnemann, Regula Ziegler (KEVU)

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Antrag der FIKO

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Esther Arnet (SP, Dietikon): Die Mehrheit der KEVU beantragt Ihnen, beim Globalbudget des Tiefbauamtes Mehrausgaben von 6 Mio. Franken im Bereich Strassenunterhalt, Sicherungs- und Verstärkungsbauten. Dieser Antrag ist für die Staatsrechnung saldoneutral. Er bewirkt aber eine zusätzliche Verschuldung des Strassenfonds. Diese Mehrausgaben sind keine Einlage von allgemeinem Staatsgut, betreffen also nicht die Diskussion, die wir vorhin geführt haben. Die Mehrheit der KEVU beantragt Ihnen, diesem Antrag zuzustimmen – entgegen dem Antrag des Regierungsrates, der FIKO und der Minderheit der KEVU.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Die Finanzkommission hat in diesem Fall ihre Finanzfunktion wahrgenommen und schliesst sich dem ursprünglichen Antrag des Regierungsrates an, der sich ja entsprechend verändert hat. Meiner Meinung nach, und das ist auch die Ansicht der Finanzkommission, hat sich die KEVU hier von einer gewissen Betriebsblindheit leiten lassen und hat hier eine Aufstockung vorgenommen, die vielleicht aus Sicht der KEVU verständlicherweise dringlich erschienen ist.

Die FIKO hat hier eine andere Sicht wahrzunehmen. Sie muss das Ganze betrachten und schauen, dass der Gesamtaufwand nicht zunimmt. Wenn jede Sachkommission für sich die Notwendigkeit von Aufstockungen sieht und dies gerade auch von Seiten der SVP beantragt wird, so beisst sich das mit dem gesamtheitlichen Budget, das ausgeglichen werden soll.

Im Übrigen ist es zwar für den Voranschlag 2001 – die Präsidentin der KEVU hat es zu Recht gesagt – saldoneutral, trotzdem aber ein Aufwand, der irgendwann finanziert werden muss. Solange die Einnahmen dazu nicht vorhanden sind, heisst das nichts anderes, als dass irgendwann Steuermittel dazu herhalten müssen. Es schleckt keine Geiss weg – wenn Sie hier eine Erhöhung der Laufenden Rechnung beschliessen, belastet das früher oder später in irgendeiner Form die Staatskasse. Vor allem wenn die gleiche Partei eigentlich den Antrag stellt, mehr Geld auszugeben, aber offensichtlich nicht bereit ist, die Einnahmen dazu mit den Verkehrsabgaben zu beschliessen, beisst sich das noch einmal. In dem Sinne bitte ich Sie im Namen der Finanzkommission, diese Erhöhung um 6 Mio.

Franken nicht zu gewähren, sondern auf den ursprünglichen Antrag der Regierung zurückzukommen und diesen zu genehmigen.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die SVP-Mitglieder der KEVU haben in den Spezialkommissionen mehrfach auf den fehlenden Strassenunterhalt hingewiesen. So pauschal wollte aber niemand auf unsere Anträge eingehen und die FDP forderte uns auf, konkrete Projekte zu benennen. Dies haben wir beim vorliegenden Antrag getan und die FDP-Mitglieder haben schliesslich ihre Zustimmung zugesagt, wofür ich ihnen sehr dankbar bin.

Die Leistungsumschreibung zu Strassenunterhalt und Verstärkungsbauten umfasst Objekte aus den Gemeindegebieten von Rümlang, Dielsdorf, Neerach, Höri, Kloten, Weiningen und Regensdorf. Die Sicherungs- und Verstärkungsbauten sind nötig und ich bitte Sie, den Antrag der KEVU-Mehrheit zu unterstützen.

Reto Cavegn (FDP, Oberengstringen): Für eine Minderheit der FDP-Fraktion spreche ich für die zusätzlichen 6 Mio. Franken in die Laufende Rechnung und auch die zusätzlichen 9 Mio. Franken bei den Investitionen im Bereich Staatsstrassen. Im Rahmen der KEVU-Beratungen haben wir uns aus zwei Gründen für die Aufstockung ausgesprochen.

Erstens: Es ist unwidersprochen, dass der Kanton Zürich viel zu wenig in den Unterhalt der Staatsstrassen und die Entschärfung der Unfallschwerpunkte investiert. Unterhalt und Verkehrssicherheit sind jetzt das Thema und nicht Neubauten und Kapazitätssteigerung. Die Aufwände für die Strassen sind auch im Vergleich zu den Velowegen eindeutig zu tief. Die Aufstockung gemäss Mehrheitsantrag der KEVU dient dazu, diese Verhältnisse wieder zurechtzurücken und dem kantonalen Volksvermögen, zu dem auch die Strassen gehören, einen minimalen Unterhalt angedeihen zu lassen.

Zweitens: Die zusätzlichen Aufwendungen haben auf das Ergebnis des Voranschlages 2001 keine Auswirkung. Auf der einen Seite wird eine Verschuldung des Strassenfonds hingenommen und auf der anderen Seite wird die Erhöhung der Investitionsrechnung erst in der Rechnung 2002 ihre Wirkung zeigen. Im Namen der FDP-Minderheit bitte ich Sie, den Mehrheitsantrag der KEVU zu unterstützen.

Peter Stirnemann (SP, Zürich): Wir unterstützen den Minderheitsantrag aus der KEVU, das heisst, den Antrag der Regierung, so wie er ursprünglich formuliert worden ist. Der Mehrheitsantrag der KEVU, in dem fünf Objekte aufgelistet worden sind – Lorenz Habicher hat es schon gesagt – ist in der Kommission mit 8 : 7 Stimmen, also ganz knapp angenommen worden.

Die fünf aufgelisteten Objekte sind Strassen in einer Gesamtlänge von sieben Kilometern. Das soll mit 6 Mio. Franken bezahlt werden, also 1,2 Mio. Franken pro Objekt. Die Objekte werden als Unterhalt, Sicherungs- und Verstärkungsbauten bezeichnet. Ist es nun Unterhalt oder sind das nun Bauten? Ist es der Laufenden Rechnung zuzuordnen oder wäre es allenfalls doch eine Sache der Investition? Was gilt nun?

Es ist eine höchst unsaubere und unklare Sache, die wir da vor uns haben. Wir haben auch dementsprechend in der KEVU darüber diskutiert und eine grosse Minderheit ist zum Schluss gekommen, dass man diesen Antrag auf Erhöhung der Laufenden Rechnung um 6 Mio. Franken, einer zusätzlichen Verschuldung – Sie haben es gehört –, nicht unterstützen soll. Bleiben Sie beim Antrag der Regierung und lehnen Sie diese Erhöhung um 6 Mio. Franken ab!

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Als Baudirektorin bin ich nicht bereit, ohne Not die Fondsverschuldung noch zu erhöhen. Mir reicht die Belastung, dass wir überhaupt eine Fondsentschuldung erreichen können. Und in diesem Sinne bitte ich Sie, auch wenn ein gewisser Baubedarf vorhanden und ausgewiesen ist, diese zusätzliche Einlage abzulehnen.

Abstimmung

Der Antrag der KEVU, Konto 8400, Tiefbau (Globalbudget) wird dem Antrag der FIKO und dem gleich lautenden Minderheitsantrag der KEVU gegenübergestellt.

Der Kantonsrat stimmt mit 93 : 61 Stimmen dem Antrag der FIKO zu.

Minderheitsantrag Martin Bäumle, Adrian Bucher, Bernhard Egg und Markus Werner (FIKO)

Globalbudget, Ertrag Laufende Rechnung

alt: Fr. 354'856'200

neu: Fr. 353'806'200

Ertragsverschlechterung: Fr. 1'050'000

Globalbudget, Aufwand Laufende Rechnung

alt: Fr. - 354'856'200

neu: Fr. - 353'806'200

Aufwandverbesserung: Fr. 1'050'000

(Verzicht auf neue Stellen im Tiefbau.)

Bruno Kuhn (SVP, Lindau): Es handelt sich hier um einen Antrag, der ganz klar in der KEVU hätte diskutiert werden müssen. Das ist die Sachkommission, die im Bereich Tiefbau arbeitet. Es wurde in der KEVU nie eine Kürzung in diesem Sinne diskutiert. Martin Bäumle hat wirklich Fünf vor Zwölf in der Finanzkommission diesen Antrag aus finanzpolitischen Überlegungen gebracht.

Um was geht es? Es geht darum, dass der Kantonsrat der Regierung etliche Aufträge für Strassenbauten, Projektierungen und Abklärungen erteilt hat. Die Regierung ist für die Beantwortung dieser Aufträge an Fristen gebunden. Wenn man hätte Kürzungen vornehmen wollen, hätte man das, von mir aus gesehen, tatsächlich in der KEVU aufarbeiten müssen. In der FIKO war wirklich kein Platz mehr dafür. Ich stelle daher den Antrag, dass wir auf diesen Kürzungsantrag der Grünen nicht eingehen. Übrigens war auch ein Vertreter der Grünen in der Kommission und hat sich dort nie in dieser Richtung geäußert.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Die Finanzkommission hat sich der Querschnittaufgabe «Stellen» angenommen. Ich habe auch in der KEVU entsprechend diese Frage gestellt. Bruno Kuhn hat zu Recht gesagt, die KEVU habe es nicht nötig gefunden, bei den Stellen im Tiefbauamt entsprechend zu handeln. Dass von mir der Antrag in der Finanzkommission trotzdem gestellt worden ist, hat eine klare, konsequente Begründung.

Ich habe einleitend gesagt, dass wir nur dort Stellen schaffen wollen, wo sie zwingend nötig sind. Hier sollen weitere sieben Stellen geschaffen werden. Es ist etwas paradox, dass Bruno Kuhn als SVP-Vertreter für mehr Stellen kämpfen muss, obwohl ja der Voranschlag 2001 von der gleichen SVP mit der Begründung abgelehnt wird, dass es beim Kanton zu viele Stellen habe.

Ich von der Grünen Seite dagegen sage hier, es sollen nicht mehr Stellen geschaffen werden. Falls am einen oder andern Ort im Tiefbau Stellen nötig sind, sollen sie kompensiert werden, um ein Anwachsen der Stellenzahl zu verhindern.

Zur inhaltlichen Begründung: Wir haben ja ein Globalbudget. Da geht es auch darum, dass man mit Indikatoren arbeiten muss und ich habe mir genau angeschaut, was im Globalbudget steht. Die Zielsetzung bei der Wirkung/Effektivität ist, dass der Zustand der Bauwerke und Fahrbahnoberflächen, Entwässerungsanlagen und so weiter, bezüglich auch zum Unterhalt, verbessert werden soll. Das heisst, der maximale Anteil in ungenügendem Zustand soll neu bei einem Maximum von 16,5 Prozent liegen. Ich beantrage Ihnen mit dieser Kürzung, auch dort eine Änderung vorzunehmen und den Zustand bei maximal 19 Prozent zu belassen, wie es übrigens in der Rechnung 1999 ausgewiesen ist. Wer im Kanton herumfährt, kann sicher feststellen, dass der Zustand der Strassen nicht so schlecht ist, dass man mit dem, was wir im Jahr 1999 gehabt haben, nicht weiter leben können.

Im Übrigen hat der Kanton immer noch Geld für Kreisel. Ich staune immer wieder, dass genug Geld vorhanden zu sein scheint, um in den Gemeinden Kreisel zum Teil relativ teuer zu bauen. Da wundert es mich doch, dass die SVP diesem Kürzungsantrag nicht zustimmt. Nach einem Analogieschluss ihrer Anträge müsste sie dies eigentlich tun. Es ist aber klar, dass sie es hier wieder einmal nicht tun will. Ich bitte Sie trotzdem, diesem Antrag zuzustimmen.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Bruno Kuhn hat es eingangs richtig gesagt; dieser Minderheitsantrag Martin Bäumle ist erst im letzten Moment in der FIKO gestellt worden. Man hat zwar – das hat er auch gesagt – in der KEVU darüber diskutiert, aber nicht derart eingehend, dass die KEVU auch hätte dahinter stehen können.

Im Übrigen aber bin ich der Meinung von Martin Bäumle und werde seinen Antrag auch unterstützen. Aus dem Grunde aber, den Bruno

Kuhn erwähnt hat, wird unsere Fraktion in dieser Sache nicht ganz einer Meinung sein.

Warum nehme ich hier den relativ harten Standpunkt ein? Generell haben wir uns immer dafür ausgesprochen, dass beim Unterhalt nicht gespart werden sollte. Wenn ich aber jetzt vor allem die SVP höre, aber auch Teile der Freisinnigen, dann kommt es mir vor, als würde man laufend Strassen bestellen – vor allem neue Strassen – aber auch einen erhöhten Unterhalt, sei aber nicht bereit, dafür zu bezahlen. Man lässt das eigene Bestellte durch die Allgemeinheit bezahlen. Das ist ein fauler Witz. Solange Sie nicht mitmachen bei der Erhöhung der Verkehrsabgaben, bin ich nicht bereit, irgendeine neue Strasse oder irgendeinen zulässigen Aufwand zu genehmigen. Es geht hier nämlich nicht um den Status quo an Unterhalt. Es geht also nicht um eine Senkung des Unterhaltsaufwandes, sondern um eine Erhöhung des Unterhaltes. Da mache ich nicht mit und unterstütze daher diesen Kürzungsantrag.

Werner Schwendimann (SVP, Oberstammheim): In der KEVU haben wir über diese Angelegenheit nicht weiter diskutiert. Aber nachdem es jetzt doch scheint, dass die Mehrheit dieses Parlamentes den zusätzlichen Ausgaben im Strassenbereich nicht zustimmen will, glauben wir auch, dass diese zusätzlichen Stellen nicht nötig sind; wenn man schon nichts machen will. Ein Teil unserer Fraktion wird daher dem Antrag Martin Bäumle zustimmen.

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Ich verstehe die Aufgabe der Finanzkommission, den Stellenzuwachs gründlich zu hinterfragen. Das ist auch richtig so. Ich kann aber begründen, weshalb wir im Tiefbauamt einen Zuwachs von sieben Stellen haben und diese Stellen auch dringend benötigen. Es geht vor allem um das Bauvolumen im Nationalstrassenbereich. In dieser Sparte haben wir keinen Entscheidungsspielraum, denn das sechste langfristige Bauprogramm der Nationalstrassen wird vom Bund festgelegt und nicht vom Kanton. Die Kantone sind aber bundesrechtlich zum Vollzug verpflichtet.

Wenn ich jetzt schaue, welches Bauvolumen der Kanton Zürich zu bewältigen hat, dann wird es im Vergleich zwischen dem Jahr 1999 und dem Jahr 2002 doppelt so hoch sein. Und wir können dieses Bauvolumen nicht mit der selben Anzahl Stellen meistern. Das ist der

Hauptgrund, weshalb wir sieben zusätzliche Stellen benötigen. Der Nebengrund ist aber noch, dass wir auch im Tiefbauamt eine Kosten-Leistungsrechnung aufbauen und einführen – auch das benötigt zusätzliche Kräfte und zusätzliches Wissen. Ich bitte Sie dringend, diese Stellen nicht zu streichen.

Peter Stirnemann (SP, Zürich): Ich bitte um Nachsicht, aber ich bin übersehen worden, sonst hätte tatsächlich die Baudirektorin das letzte Wort gehabt. Ich beanspruche das nicht unbedingt für mich.

Nachdem wir vorher die Erhöhung um 6 Mio. Franken abgelehnt haben, besteht natürlich jetzt kein Grund, hier noch etwas zu streichen. Abgesehen davon, dass Retourkutschen immer schlecht sind – da wären wir auch dagegen.

Aber jetzt zur Sache. Martin Bäumle hat begründet, warum es nötig sei, hier eine Streichung vorzunehmen. Er hat verschiedene sachliche Argumente genannt oder angedeutet. Aber ich meine, dass über solche Sachen im Globalbudget die Diskussionen in der KEVU hätten geführt werden müssen. Martin Bäumle hat gesagt, die KEVU hätte das nicht für nötig befunden. Er war ja auch dabei, hat dort aber natürlich kein Antragsrecht, das ist auch richtig. Aber immerhin gibt es dort Vertreter von der Grünen Seite. Sie hätten diese Dinge einbringen müssen, so dass wir dann mit der Baudirektorin und den Fachleuten vom Tiefbauamt die Punkte, die hier genannt worden sind, hätten diskutieren können.

Die KEVU-Vertreterinnen und -Vertreter der SP werden also diesen Minderheitsantrag nicht unterstützen. Es geht nicht an, dass im letzten Moment auf einem anderen Weg noch Dinge hineinkommen, die sachlich nicht diskutiert werden können. Ich bitte Sie also, beim ursprünglichen Antrag zu bleiben.

Auch wenn der Unterhalt ein bisschen zugenommen hat; es ist dies eine Prioritätenverschiebung vom Bau zum Unterhalt – eine kleine zwar – aber immerhin. Das ist die Politik im Strassenbau und in der Strassenverkehrspolitik, die wir unterstützen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Ich bin etwas erstaunt über die Debatte, wie sie jetzt geführt wird. Ich werde von beiden Seiten einerseits plötzlich unterstützt und andererseits bekämpft.

Erstens einmal wurden in der KEVU diese Stellen klar diskutiert und die Baudirektorin hat damals begründet, dass es primär um Stellen im Bereich Kostenrechnung gehe, dass aber auch die zusätzliche Planung, welche das Parlament bestellt hat, mehr Stellen fordere. Es ist ganz klar – ich lege dies hier offen – gegen diese Stellen richtet sich mein Antrag. Und da ist es sehr nett, wenn die SVP mich plötzlich unterstützt und ich danke ihr dafür.

Aber auf der anderen Seite kriege ich Gegnerschaft von der SP, die wahrscheinlich meint, diese Stellen würden für irgend etwas eingesetzt, das ihr etwas nützt. Diesbezüglich ist das ein bisschen eine verkehrte Welt.

Aber die Begründung der Baudirektion kam ja auch in der KEVU und nicht in der Finanzkommission. Ich habe in Kenntnis dieser Begründung und des Entscheids der KEVU diesen Minderheitsantrag in der FIKO gestellt – im Sinne der Gesamtschau und auch der knappen Finanzen im Strassenbau – dass man zusätzliche Stellen für neue Planungen, Kostenrechnungen und so weiter erst dann schaffen soll, wenn auch entsprechende Einnahmen vorhanden sind.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Martin Bäumle, Adrian Bucher, Bernhard Egg und Markus Werner (FIKO), Konto 8400, Tiefbau, Globalbudget, wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt.

Der Kantonsrat stimmt mit 66 : 56 Stimmen dem Minderheitsantrag Martin Bäumle zu.

Antrag der KEVU

Globalbudget, Ausgaben Investitionen

alt: Fr. - 427'000'000

neu: Fr. - 436'000'000

Mehrausgaben: Fr. 9'000'000

(Erneuerungsbauten, Unfallschwerpunkte, Objekte in Gemeinden)

Minderheitsantrag Peter Stirnemann, Esther Arnet, Willy Germann, Luzia Lehmann, Roland Munz, Toni W. Püntener, Regula Ziegler (KEVU)

6370

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Antrag der Finanzkommission

Gemäss Antrag des Regierungsrates.

Esther Arnet (SP, Dietikon): Die Begründung knüpft an jene an, die wir vorhin bei dem 6-Millionen-Franken-Antrag gehabt haben. Es ist wieder so, dass die Mehrheit der KEVU Ihnen Mehrausgaben von diesmal 9 Mio. Franken beantragt und zwar hier bei den Investitionen. Dass dieser Antrag bei den Investitionen kommt, bedeutet, dass er keine Auswirkungen auf den Voranschlag 2001 hat, da sich die Investitionen erst im Voranschlag 2002 bei den Abschreibungen auswirken werden.

Es gibt also keine Auswirkungen auf den Voranschlag, den wir hier diskutieren, wenn Sie diesem Antrag von 9 Mio. Franken Mehrausgaben zustimmen. Und es geht nicht um Einlagen vom allgemeinen Staatsgut, aber es sind natürlich 9 Mio. Franken Mehrausgaben bei den Investitionen, die später zu Buche schlagen werden.

Die Mehrheit der KEVU beantragt Ihnen, diese Mehrausgaben gutzuheissen – dies im Gegensatz zu der Minderheit der KEVU, der FIKO und des Regierungsrates.

Peter Stirnemann (SP, Zürich): Der Antrag auf Ausgabenerhöhung um 9 Mio. Franken wurde von einer sehr knappen Kommissionsmehrheit von 8:7 Stimmen gestellt und auch so angenommen. Ich stelle den Minderheitsantrag, die Investitionsausgaben auf 427 Mio. Franken, gemäss Antrag des Regierungsrates, zu belassen. Dieser Betrag stützt sich denn auch auf das Strassenbauprogramm, das ja neulich hier vorgestellt wurde.

Was soll nun mit den beantragten 9 Mio. Franken überhaupt passieren? Die Antragsteller listeten kurzfristig, innerhalb einer Woche übrigens, acht Strassenbauideen auf, die ausgeführt werden sollen. Die von ihnen gewünschten Vorhaben werden als so genannte Erneuerungsbauten bezeichnet.

Was sind Erneuerungsbauten? Es handelt sich dabei um Objekte, die wegen schlechten Zustands als abgeschrieben gelten; Objekte, die abgerissen und in der gleichen Form wieder aufgebaut werden sollen. Man nennt das auch Erneuerungsunterhalt; laut Strassenbauprogramm wird das so definiert.

Unter Erneuerungsbauten versteht man Fahrbahnerneuerungen, die wegen schlechter oder nicht mehr vorhandener Tragfähigkeit tatsächlich ersetzt werden müssen. Es handelt sich dabei um Stütz-

und Tragelemente an Bauwerken – Brücken zum Beispiel, die aus Sicherheitsgründen nicht mehr stehen bleiben können, und um Entwässerungsanlagen.

Müssten die genannten Erneuerungsbauten tatsächlich dringend erstellt werden, wären sie wahrscheinlich oder ganz bestimmt im Strassenbauprogramm enthalten, davon sind wir überzeugt, und es wäre seitens der Baudirektion auch gesagt worden. Der Regierungsrat hätte sie im Novemberbrief nachträglich eingebracht und demzufolge lägen ausführungsfähige Bau- oder Erneuerungsprojekte vor. Die genauen Kosten wären bekannt und die Mittel im Voranschlag 2001 enthalten.

Nichts von alledem ist der Fall. Im Strassenbauprogramm sind andere Vorhaben für Staatsstrassenbauten aufgeführt. Hierfür sind in den Jahren 2001 bis 2003 jeweils 45 Mio. Franken Netto-Investitionen vorgesehen, das heisst, abzüglich der Bundesbeiträge.

Die Brutto-Investitionen betragen 60 Mio. Franken, also 15 Mio. Franken mehr als im Strassenbauprogramm aufgeführt. Mit den geforderten 9 Mio. Franken würden die Investitionsmittel für Staatsstrassen auf 120 Prozent gegenüber dem Antrag der Regierung gesteigert; das ist eigentlich ganz gewaltig. Sagen wir vielleicht nicht nur gewaltig, sondern, wenn man das anschaut, auch einigermaßen absurd. Wenn von der gleichen Seite, der Seite der Antragsteller, das Ansinnen vorgebracht und in den Raum gestellt wird, man müsse den Steuerfuss um 20 Prozent senken, so soll man hier nun plötzlich um 20 Prozent nach oben gehen.

Und nun zu dem Betrag selbst, den 9 Mio. Franken für die acht Objekte, die da aufgeführt werden. Bei vier unter diesen acht Objekten handelt es sich um ganze Strassenzüge, die erneuert werden sollen, zum Beispiel – ich nenne nur eines – die Binzstrasse in Maur. Wie gesagt, es gibt hier keine Bauprojekte, keine verbindlichen Kostenberechnungen und kein Zeit- und Realisierungsprogramm.

Man kann sich fragen, ob es überhaupt möglich wäre, innerhalb eines Jahres all das zu realisieren. Das müsste doch zumindest der Fall sein, sonst würde man einfach Geld vorschliessen.

Worum geht es jetzt eigentlich? Wie soll man das qualifizieren? Es ist ja kein Objektkreditantrag, sondern es ist nichts anderes als das Mittel für die Vorfinanzierung eines Wunschprogrammes. Was Sie von Vorfinanzierung halten, haben Sie vor einer Woche gesagt – dass man es tunlichst unterlassen soll. Beim Natur- und Heimatschutzfonds und

beim Verkehrsfonds haben Sie sich ja vehement dagegen gewehrt. Jetzt, eine Woche später, wollen Sie plötzlich vorfinanzieren, da es um den Strassenbau geht? Wo ist denn da die geradlinige Politik?

Wir lehnen dieses unseriöse Ansinnen ab und bitten Sie, auch hier diesen 9 Mio. Franken Investitionen nicht zuzustimmen und bei der Vorlage der Regierung zu bleiben.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die SVP will diese 9 Mio. Franken in die Investitionsrechnung für Erneuerungsbauten im Strassenunterhalt einlegen und bezweckt damit vor allem die Aufhebung von bekannten Unfallschwerpunkten. Der Grundsatz, die Sicherheit zu erhöhen und Unfallschwerpunkte zu beheben, müsste eigentlich auch für die Kommissionsminderheit Gültigkeit haben. Es ist mir unverständlich, dass die Vertreter von SP und Grünen keine Strassen bauen und nicht einmal Investitionen für Erneuerungsbauten zum Wohle der Sicherheit tätigen wollen.

Peter Stirnemann, bei den Radwegen haben Sie die Sicherheit der Radfahrer als Argument ins Feld geführt. Nun wollen Sie diese Sicherheit plötzlich auf den anderen Staatsstrassen nicht mehr finanzieren.

Wieso sind diese Objekte im Bauprogramm nicht aufgeführt? Es ist so wie Regierungsrätin Dorothee Fierz gesagt hat. Die Möglichkeiten sind ausgeschöpft. Die Projekte wären zwar ausführungsfähig, aber die Gemeinden haben einen negativen Bescheid bekommen und mussten die Projekte zurückstellen. Ich bitte Sie also jetzt, die Prioritäten richtig zu setzen und diese 9 Mio. Franken in die Investitionsrechnung aufzunehmen.

Die SVP-Mitglieder haben eine Liste erstellt und in die Kommission eingebracht. Ich danke den FDP-Vertretern, die unsere Positionen in dieser wichtigen Sache unterstützt haben und hoffe, dass die FDP-Fraktion diesmal geschlossen auftritt.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Ich spreche bei diesem Geschäft als Referent der Finanzkommission. Wie schon gesagt, läuft es bei diesem Antrag eigentlich gleich wie bei den 6 Mio. Franken Unterhalt. Mein Antrag, den die KEVU auch ziemlich in letzter Minute eingebracht hat, spricht wieder von einer gewissen Betriebsblindheit.

Die KEVU hat versucht, dem Strassenfonds etwas Geld zu entziehen, beziehungsweise mehr Geld in den Investitionen auszugeben. Auch das ist quasi saldoneutral für das nächste Jahr, wird aber in den Folgejahren den Strassenfonds belasten. Der Antrag ist auch nicht sehr gut, aber dies möchte ich nicht als Vorwurf an die SVP verstanden wissen. Es ist nämlich nicht ganz einfach, einen Antrag beim Globalbudget zu stellen, der dann wirklich klar aussagt, was man gerne hätte.

Unfallschwerpunkte zu sanieren, ohne dass konkrete Projekte vorliegen, ist auch etwas schwierig. Die Finanzkommission hat auch hier wieder ihre Hausaufgabe wahrgenommen und im Sinne der Finanzplanung klar gesagt, man solle keine Aufstockung der schon stark belasteten Investitionsrechnung vornehmen und es beim ursprünglichen Antrag des Regierungsrates belassen, der sich im Übrigen ja der Finanzkommission anschliesst. Ich bitte Sie also, der Finanzkommission zuzustimmen. Die Grünen werden dies ebenfalls tun.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Ich erlaube mir nur eine Nebenbemerkung zu den letzten Anträgen. Ich habe das Gefühl, Sie haben eine Illusion. Sie meinen, Sie könnten über solche Anträge irgend einen steuerbaren Einfluss auf die Verwaltung nehmen. Oder Sie könnten ein Zeichen setzen. Sie haben nicht begriffen, dass solche Zeichen in einem selbstreferenziellen System nichts bewirken. Daher war das eine rein simulative Debatte, die Sie da geführt haben, weil die Regierung in ihrer konkreten Politik völlig unabhängig vom Resultat dieser Debatte handeln wird.

Abstimmung

Der Antrag der KEVU, Konto 8400 Tiefbau, Globalbudget, Ausgaben Investitionen, wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt.

Der Kantonsrat stimmt mit 92 : 49 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu.

Minderheitsantrag Martin Bäumle (FIKO)

Globalbudget, Ausgaben Investitionen

alt: Fr. - 427'000'000

neu: Fr. - 327'000'000

Aufwandverbesserung: Fr. 100'000'000

(Reduktion der Investitionen im Nationalstrassenbau)

Bruno Kuhn (SVP, Lindau): Auch dieser Antrag ist, analog dem vorletzten, in der KEVU nicht vertieft diskutiert worden. Er wurde auch von Martin Bäumle aus finanzpolitischen Überlegungen kurz vor Torschluss in der FIKO eingebracht.

Um was geht es? Es geht darum, dass im nächsten Jahr Grössenordnung 300 Mio. Franken für den Bau von Nationalstrassen im Kanton Zürich ausgegeben werden sollen. Davon muss der Kanton Zürich rund 20 Prozent selber tragen, das heisst, das Budget wird effektiv mit rund 60 Mio. Franken belastet. Was beantragt nun Martin Bäumle? Er beantragt die Reduktion von 300 Mio. Franken auf 200 Mio. Franken beim Nationalstrassenbau. Die Hebelwirkung auf den Kanton ist eigentlich die Reduktion um 20 Mio. Franken von dem, was wir selber zahlen müssen.

Ich erinnere Sie an die Autobahnausbauten im Raum Kloten und den Üetlibergtunnel; es scheint absolut unrealistisch, hier um 100 Mio. Franken kürzen zu wollen. Wobei ja eben 80 Mio. Franken davon über die Bundeskasse finanziert werden. Es ist schon jetzt so, dass die Autofahrer des Kantons Zürich viel mehr Geld nach Bern schicken, als dann anteilmässig zu uns zurückkommt. Ich bitte Sie, mit der Mehrheit der Finanzkommission zu stimmen und die ursprünglichen 300 Mio. Franken zu belassen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Jetzt rede ich als Sprecher der Grünen Fraktion und nicht als Sprecher der Finanzkommission. Es handelt sich hier um einen Hauptantrag, einen Kernpunkt der Grünen Fraktion. Er wird als radikal bezeichnet.

Ich werde im Folgenden erläutern, warum dieser Antrag alles andere als radikal ist. Es wäre schön, wenn die SVP mich am Ende wieder unterstützen würde, ich glaube zwar nicht ganz daran.

Erstens ist dieser Antrag natürlich auch saldoneutral für die Laufende Rechnung 2001. Aber sie entlastet in den Folgekosten die nächsten Voranschläge. In dem Sinne bedeutet sie eine Entlastung des Strassenfonds für die Zukunft und trägt zu dessen Entschuldung bei.

Übrigens ist der Antrag, wie er vom Regierungsrat vorliegt, nicht etwa ein bescheidenes Investitionsprogramm, sondern er plant ein massives Investitionswachstum. Der Turbo im Nationalstrassennetz wurde gezündet, um mit den Worten von Reto Cavegn zu sprechen. Neuinvestitionen verursachen Folgekosten einerseits beim Unterhalt, der dann direkt wieder der Strassenkasse belastet wird, andererseits bei den Polizeikosten, wo wieder Steuermittel gebraucht werden oder eben bei den Gemeindestrassen. Ich möchte daran erinnern, dass jede Fahrt auf einer Hochleistungs- oder Nationalstrasse in der Quartierstrasse einer Gemeinde, in der Kinder leben, beginnt und endet.

Last but not least, jede neue Strasse verursacht weitere externe Kosten, die wiederum von den allgemeinen Steuern berappt werden müssen, weil sie nicht verursachergerecht abgerechnet werden. In dem Sinne kommen Neubauten für die Grünen ganz klar unterhalb des bestehenden Netzes; insbesondere dann, wenn immer gejammert wird, dass die Mittel knapp sind. Es geht also nicht an, neue Bauten, die wiederum Folgekosten verursachen, mit einer massiven Geschwindigkeit zu realisieren.

Und an die SP gewandt: Hartmuth Attenhofer hat vorhin gesagt «Sie können ja Strassen bauen, dem Teufel ein Ohr ab, soviel Sie wollen – wenn Sie nur die Verkehrsabgaben erhöhen». Meine Damen und Herren und lieber Hartmuth Attenhofer, es gibt neben dem Strassenbau noch eine Umwelt, ein Umweltschutzgesetz, Grenzwerte der Luftreinhalte-Verordnung. Wenn Sie Strassen bauen, dem Teufel ein Ohr ab, werden Sie diese Gesetze nie einhalten können. Und ich war immer der Meinung, dass auch der SP diese Anliegen wichtiger sind als das massive Strassenbauen, egal wer es finanziert. Oder braucht es auch hier das Bundesgericht, das irgendwann Grenzen setzt beim MIV, wie es dies letzthin glücklicherweise beim Luftverkehr getan hat?

Was will nun die Regierung? Wir haben in den letzten Jahren netto jeweils rund 100 Mio. Franken investiert. Im Jahr 1998 waren es 101 Mio. Franken, im Jahr 1999 rund 96 Mio. Franken und im Jahr 2000 wieder 100 Mio. Franken. Im nächsten Jahr sollen es netto 130 Mio.

Franken oder brutto 420 Mio. Franken sein. Mit dem Kürzungsantrag von Grüner Seite würde der Bruttobetrag auf 327 Mio. Franken, also etwa auf das Vorjahresniveau bei den Bruttoinvestitionen, und auf 102 Mio. Franken bei den Nettoinvestitionen gekürzt; nämlich um 18 Mio. Franken bei den Nationalstrassen und 10 Mio. Franken bei den Staatsstrassen. Das heisst, sie wären absolut im Rahmen der vorherigen Jahre und nicht etwa daneben. Daher ist auch die entsprechende Anpassung der Leistungen/Effizienz im Globalbudget vorgesehen, um auch hier auf ein vernünftiges Mass zurückzusetzen und diesen Turbo eben nicht zu zünden.

Um noch zum Schlussargument zu kommen: Der Finanzdirektor hat eingangs der Debatte von antizyklischem Verhalten gesprochen, das eine Zurückhaltung bei den Investitionen gebiete. Dieser Antrag, mit 100 Mio. Franken zu kürzen, entspräche genau dem und würde im Übrigen erlauben, den Selbstfinanzierungsgrad deutlich über 100 Prozent zu setzen und damit Schulden abzubauen, meine Damen und Herren von der SVP – genau das, was Sie wollen, damit Sie dem Voranschlag zustimmen können. Der Antrag ist also eher bescheiden, da ich nur auf die Vorjahresniveaus zurückgehe und nicht etwa weiter.

Im Übrigen, die Antwort des Regierungsrates auf den Rückweisungsantrag lautet: «Zum Abbau der Verschuldung müssen die Bruttoinvestitionen um etwa 100 Mio. Franken oder 9 Prozent reduziert werden.» Das entspricht genau dem Antrag von Grüner Seite. Also auch in diesem Sinne müsste die SVP diesem Antrag klar zustimmen, um eben konsequent zu bleiben.

Ich komme zum Schluss. Dieser Kürzungsantrag von Grüner Seite ist absolut folgerichtig im Zeichen des antizyklischen Verhaltens, des Masshaltens, des Schuldenabbaus und der Umwelt und ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen und den massiven Turbo nicht zu zünden.

Hartmuth Attenhofer (SP, Zürich): Ich habe nicht gesagt, dem Teufel sollen die Ohren abfallen, sondern dem Adrian Bergmann. (Heiterkeit.)

Allen buchhalterischen Nebelgranaten, die jetzt hier erzählt worden sind zum Trotz – der Antrag von Martin Bäumle will, dass bei den Strassen 100 Mio. Franken weniger verbaut werden. Das ist die beabsichtigte Wirkung.

Was bedeutet das, wenn man heute, am 18. Dezember 2000, beschliesst, dass man vom 1. Januar 2001 an die eingeplanten 100 Mio. Franken nicht verbauen darf? Wenn Sie ein bisschen etwas vom Bauen oder Geschäften verstehen, dann wissen Sie, dass die Bauverträge unterschrieben sind, die Baumaschinen dastehen und die Leute angestellt sind. Wenn dieser Rat jetzt hingehet und Martin Bäumle folgt, dann heisst das, dass man die Baumaschinen zurückfahren kann und vor allem die Bauarbeiter, hundert bis zweihundert Leute, in ihre Heimatländer zurückschicken muss.

Das kann die Sozialdemokratische Partei aus sozialpolitischen Gründen nicht unterstützen. Ihr Antrag, Martin Bäumle, hat nicht nur diese ausländerfeindliche Komponente, dass zweihundert Bauarbeiter in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden müssen, sondern er hat auch noch eine direkte Verbindung mit der SVP. (*Unruhe.*) So wie die SVP einfach so den Bengel in die Luft wirft und sagt, man solle 75 Mio. Franken einwerfen, damit gebaut werden könne, so banal, vergleichbar mit der SVP, ist Ihr Antrag, jetzt einfach 100 Mio. Franken zu streichen und die Leute nach Hause zu schicken. Das kann nicht sozialdemokratische Politik sein.

Adrian Bucher (SP, Schleinikon): Sie haben eben Hartmuth Attenhofer zugehört. Er spricht nicht für die ganze Fraktion. (*Heiterkeit.*) Im Globalbudget können Sie nachlesen, was passiert, wenn man diesem Minderheitsantrag Martin Bäumle zustimmt wie ich und ein Teil meiner Fraktion.

Die Regierung beantragt im Globalbudget quasi eine Beschleunigung des Nationalstrassenbaus. Sie möchte die Einhaltung des Terminplans etwas erhöhen. Das möchte ich nicht, ebensowenig wie Martin Bäumle, und zwar aus folgenden Gründen: Wenn ich beim Thema Strassenbau auf die Signale höre, die zu mir gelangen, dann stelle ich fest, dass von Gegenüber Strassen in Milliardenhöhe bestellt werden. Gleichzeitig ernten wir höhnisches Gelächter, wenn der Antrag der Regierung, den Strassenfonds auszugleichen, angesprochen wird. Niemand scheint auf der Gegenseite bereit zu sein, sich bei der Auto fahrenden Bevölkerung dafür einzusetzen, dass diejenigen, die gerne Auto fahren – ob sie wollen oder müssen spielt keine Rolle – auch bereit sind, die Zeche zu bezahlen. Sie schlagen sich im Gegenteil auf die Seite derjenigen, die sagen, «fahrt einfach mal Auto, bestellen können wir es. Irgendwer wird es dann schon bezahlen!» So geht es

natürlich nicht. Einerseits bestellen und andererseits nicht bezahlen – da mache ich nicht mehr mit.

Ich bin nicht bereit, das Nationalstrassenbauprogramm zu beschleunigen. Ich möchte es im Gegenteil verlangsamen, damit nicht noch mehr Strassenbauten in diesem wahnwitzigen Sinn, in dem sie bestellt worden sind, überhaupt in Angriff genommen werden können. Das kann nicht die Zukunft sein. Wir haben tatsächlich einen Notstand auf unseren Strassen, aber nicht, weil es zu wenig, sondern weil es zu viele Strassen hat, zu viele Autos fahren, zu viele Unfälle geschehen und die Luft zu schlecht wird. Das ist der Notstand. Und mit weiteren Strassen kann man diesen Notstand nicht lösen. Ich bitte Sie, diesem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Ich danke Adrian Bucher. Jetzt muss ich nur nochmals Hartmuth Attenhofer einige Dinge erzählen. Früher hätte ich hier drin einen Antrag gestellt, der gelautet hätte «Einhaltung Finanz- und Terminplan Bund 0 Prozent» – nämlich mit anderen Worten «der Nationalstrassenbau soll gestoppt werden.»

Der jetzt vorliegende Antrag ist bescheiden. Er geht nur davon aus, einen Terminplan des Bundes statt zu 92,5 Prozent zu 85 Prozent umzusetzen. Oder, anders gesagt, statt des schnelleren Baufortschritts, den ältere Ratsmitglieder vom früheren Gesundheitsdirektor her, der jedes Jahr bei den Spitälern mit schnellerem Baufortschritt Geld gemacht hat, vielleicht noch kennen, beantrage ich einen langsameren Baufortschritt bei den Nationalstrassen.

Im Übrigen geht es nicht nur um Stellen im Tiefbauamt. Die meisten dieser Bauaufträge gehen ja nach aussen. Und wie schnell gebaut wird, bestimmt am Ende immer noch der Kantonsrat mit der Budgetdebatte. Wenn es anders wäre und bereits alles vergeben, dann müssten wir hier drinnen ja gar nicht mehr übers Budget diskutieren. Und so wie ich uns verstanden habe, haben wir noch immer die Budgetkompetenz und nehmen uns selber noch ernst.

In dem Sinne kann es ja nicht Ihr Ernst sein, wenn Sie sagen, dass dieser Antrag gar nicht mehr möglich sei.

Regierungsrätin Dorothee Fierz: Meines Erachtens ist der Antrag von Martin Bäumle sehr heikel. Er ist vor allem heikel, weil er mir als verkappter Angriff auf das beschlossene Projekt West-Umfahrung

erscheint, das ja eigentlich der parteipolitischen Grundhaltung von Martin Bäumle widerspricht. Dafür habe ich Verständnis.

Aber Martin Bäumle, die Luft wird im Kanton Zürich nicht besser, wenn die West-Umfahrung jetzt etwas verzögert wird. Wir haben ein Problem, ein grosses Problem mit der Luftbelastung, da haben Sie Recht.

Aber wir haben auch ein vom Volk beschlossenes Projekt West-Umfahrung und es gilt, dieses jetzt voranzutreiben und zu realisieren. Das Jahrhundertprojekt, wie ich es oft nenne, besteht aus drei ganz wichtigen Elementen, die sich gegenseitig beeinflussen. Diese Gesamtheit zerfällt, wenn wir jetzt ein Element herausbrechen. Die drei Elemente sind die Umfahrung Birmensdorf, die N4 im Knonaueramt und der zentrale Punkt ist der Üetlibergtunnel. Wenn sie jetzt aus dem Bauprogramm 2001 von 300 Mio. Franken im Nationalstrassenbau einen Drittel herausbrechen, dann heisst das, dass wir die Bohrungsarbeiten am Üetlibergtunnel zurückstellen müssen. Und das kann nicht die Lösung für den Kanton Zürich sein. Denn eine West-Umfahrung ohne den Anschluss an die N3 Richtung Bündnerland ist kein Projekt, das uns eine Entlastung bringt. Deshalb bitte ich Sie dringend, diesem Antrag von Martin Bäumle nicht zuzustimmen.

Abstimmung

Der Minderheitsantrag Martin Bäumle (FIKO), Konto 8400, Tiefbau, Globalbudget, Ausgaben Investitionen, wird dem Antrag der Finanzkommission gegenübergestellt.

Der Kantonsrat stimmt mit 124 : 26 Stimmen dem Antrag der Finanzkommission zu.

Konto 8500, AWEL (Globalbudget)

Antrag der Finanzkommission und der KEVU

Globalbudget, Ausgaben Investitionen

alt: Fr. - 56'396'000

neu: Fr. - 55'172'000

Verbesserung: Fr. 1'224'000

(Verzicht auf den Investitionskredit Werkhof Hinwil)

Esther Arnet (SP, Dietikon): Ich möchte nur darauf hinweisen, dass dieser Antrag für dieses Jahr in diesem Voranschlag zu Stande gekommen ist und dass das nicht heisst, dass es eine Zwängerei der Baudirektion ist, wenn er nächstes Jahr wieder kommt. Wir haben das in der KEVU intern intensiv diskutiert, haben gute Unterlagen von der Baudirektion erhalten und liessen uns überzeugen, dass es für dieses Jahr nicht dramatisch ist, wenn man diesen Kredit streicht, aber er wird nächstes Jahr voraussichtlich wieder kommen.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Nur zur Ergänzung: Dieser Antrag ist ebenfalls saldoneutral für die Laufende Rechnung und wirkt bei der Investitionsrechnung erst im Folgejahr. Er ändert also nichts. Aber auch die FIKO schliesst sich dem Antrag aus den genannten Gründen an.

Abstimmung

Der Kantonsrat stimmt dem Antrag der FIKO und der KEVU mit offensichtlicher Mehrheit zu.

III. Unselbstständige staatliche Unternehmungen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

IV. Selbstständige staatliche Unternehmungen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsident Hans Rutschmann: **Damit ist der Voranschlag für das Jahr 2001 durchberaten.**

Wir kommen vor der Schlussabstimmung zur so genannten Elefantenrunde.

Regierungsrat Christian Huber: Die vergangenen intensiven Diskussionen und Ihre engagierten Voten haben mir drei Anliegen gezeigt.

Erstens: Sie sind um die Entwicklung des Staatshaushaltes sehr besorgt. Es geht Ihnen dabei nicht nur um den Voranschlag 2001, sondern ganz allgemein um die zukünftige Entwicklung.

Ich kann Ihnen versichern, dass ich Ihre Besorgnis teile und dass der Regierungsrat die Abstimmung der Kernaufgaben auf die finanziellen Möglichkeiten und Entwicklungen mit der geforderten Ernsthaftigkeit und Seriosität beurteilt; dass er gerade aus der geteilten Besorgnis um die Entwicklung der Staatsfinanzen bereits im November die ersten Diskussionen zu den finanzpolitischen Eckpunkten des kommenden KEF 2002 bis 2005 und damit indirekt zum Voranschlag 2002 geführt hat.

Ich habe Sie in meinen Ausführungen zum Eintreten gebeten – und ich wiederhole hier diese Bitte – mit dem Regierungsrat zusammen die langfristige Steuerung der staatlichen Leistungen und des Staatshaushaltes auf der Grundlage des KEF und auf klaren strategischen Vorstellungen über die Weiterentwicklung in den bedeutenden kantonalen Angelegenheiten an die Hand zu nehmen.

Ihr zweites Anliegen ist ja gerade der Einbezug des Kantonsrates dann, wenn die Entwicklung noch beeinflusst, das Eisen sozusagen noch geschmiedet werden kann. Diesem Punkt müssen wir gemeinsam, Kantonsrat und Regierungsrat, zukünftig mehr Beachtung schenken. Ich bin überzeugt, dass wir gemeinsam Mittel und Wege dazu finden werden und dass so der heute dem Vernehmen nach gefangene Löwe wieder zu Kraft und Ansehen kommt. Allerdings sind auch einem starken Löwen in freier Wildbahn gewisse Grenzen gesetzt. Wir müssen anerkennen, dass selbst mittel- und langfristig nicht alles machbar und bezahlbar ist. Diese Grenzen können jedoch ausgelotet und der Kurs daraufhin kann bestimmt werden.

Ich habe auch grosses Verständnis für Ihr drittes Anliegen, nämlich eine verbindliche Zusicherung zu erhalten, dass die Rechnung 2001 ausgeglichen schliessen werde. Ich habe darauf hingewiesen, dass ich dafür meine Hände nicht ins Feuer legen werde. Wenn dies allerdings so verstanden worden wäre, dass der Finanzdirektor bereits von Entwicklungen wüsste oder zumindest solche erahnen würde, die dieses Ziel als nicht erreichbar zeigten, so ist dies falsch. Kraft meines Amtes kann ich die Entwicklung nicht allein bestimmen, und die Unsicherheiten, Chancen, Risiken lassen sich auch nicht wegreden.

Ich möchte Ihnen im Folgenden dazu meine Beurteilung darlegen. Bekannt sind die Kostenfolgen des vollen Teuerungsausgleichs. Wir rechnen mit einem nicht budgetierten Mehraufwand von höchstens 45 Mio. Franken; höchstens deshalb, weil, wie ich bereits gesagt habe, wir mit einer Kreditüberschreitung arbeiten und weil dies infolge des Deltas zwischen Soll und Ist beim Personal – damit erwähne ich die unbesetzten Stellen – nicht voll ausgeschöpft werden wird. Die Verbesserungen bei den Gesundheitsberufen, welche voraussichtlich ab 1. Juli 2001 wirken, werden die Staatsrechnung 2001 voraussichtlich mit etwas mehr als 10 Mio. Franken belasten. Zusammen ist daher mit einer Verschlechterung von rund 55 Mio. Franken zu rechnen.

Offen ist die Frage des Lastenausgleichs der Stadt Zürich für Polizeiaufgaben. Stadtrat Willy Küng hat von einem Betrag von 30 Mio. Franken gesprochen, was aber nicht der zusätzlichen Belastung der Rechnung 2001 entsprechen wird.

Ein Stufenaufstieg auf Mitte Jahr würde einen Mehraufwand von rund 60 Mio. Franken zur Folge haben. Er ist noch nicht beschlossen und hängt von der weiteren Entwicklung ab.

Insgesamt ergäbe dies eine nicht budgetierte Mehrbelastung von 80 bis 140 Mio. Franken. Dieser Mehrbelastung sind aber für eine realistische Beurteilung auch die Chancen von Rechnungsverbesserungen gegenüberzustellen. Die Erfahrung zeigt, dass in den vergangenen Jahren der Aufwand in der Regel dank einem disziplinierten Haushaltvollzug um rund 100 Mio. Franken unter dem Voranschlag lag. Ich darf weiter daran erinnern, dass mit der Rechnung 1999, als Anerkennung der wirtschaftlichen Betriebsführung von Amtsstellen mit Globalbudgets, Rücklagen von 25 Mio. Franken genehmigt wurden und dass diese Rücklagen nur einen Teil der nicht beanspruchten Kredite ausmachten.

Insgesamt ergibt meine Beurteilung, dass ich mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit damit rechnen darf, dass der Aufwand dank der Budgetunsicherheit auf dem Niveau des Voranschlages des Regierungsrates gehalten werden kann.

Aber nicht nur beim Aufwand ist mit der üblichen Budgetungenauigkeit zu rechnen, sondern auch bei den Einnahmen. Die Schwierigkeiten und die Unsicherheit der Steuerertragsschätzung sind ja bereits ausgiebig diskutiert worden. Nachdem dem Regierungsrat, wohl mit einem gewissen Recht, eine konservative,

übersichtliche Budgetierung attestiert worden ist, stellt sich die Frage, welcher Steuerertrag bei einer weniger konservativen, aber nicht leichtfertigen Prognose zu erwarten wäre.

Die aktuelle Schätzung des Rechnungsergebnisses 2000 zeigt, dass die für 2001 budgetierten Staatssteuererträge im engeren Sinne im Konto 4000.011 ein stolzes Wachstum von 8 Prozent aufweisen. Entscheidend sind jedoch die Nachträge des Kontos 4000.021. Sie explodieren im laufenden Jahr geradezu und werden mit über 400 Mio. Franken mehr als doppelt so hoch sein als budgetiert.

Damit stellt sich hinsichtlich des Voranschlags 2001 die Frage, in welchem Ausmass diese Entwicklung wegen des Übergangs zur Gegenwartsbesteuerung systembedingt ist, in welchem Ausmass sie von der Wirtschaftsentwicklung abhängt und inwiefern das Rechnungsergebnis 2000 durch einmalige Sonderfaktoren geprägt ist. Der von ihnen festgelegte Steuerertrag 2001 weist eine geringe Zunahme von 3,2 Prozent gegenüber der Schätzung 2000 aus. Eine höhere Ertragsprognose kann daher mit gutem Grund begründet werden, vorausgesetzt, die Schätzungen für das laufende Jahr treffen ein. Nichts spricht heute dagegen.

Angesichts der herrschenden systembedingten Unsicherheit lässt sich die Auffassung vertreten, dass bei einer sehr günstigen Entwicklung das Budget noch um weitere rund 30 bis 70 Mio. Franken übertroffen werden kann, was gegenüber dem Entwurf des Regierungsrates eine Verbesserung von 60 bis 100 Mio. Franken darstellen würde. Mit anderen Worten: Auch auf der Ertragsseite besteht die Chance, dass bei einer Budgetabweichung von 0,7 Prozent bis 1,7 Prozent die nicht budgetierten Mehraufwendungen für das Pflegepersonal und der volle Teuerungsausgleich kompensiert werden.

Im Weiteren bestehen auch bei anderen Ertragspositionen Chancen und Risiken. Die Gewinnablieferung der Zürcher Kantonalbank ist dazu nur ein Beispiel.

In Zusammenhang mit dem Steuerertrag möchte ich noch auf eine weitere Auswirkung der Teuerung aufmerksam machen. Der Regierungsrat wurde bekanntlich vom Ausmass der diesjährigen Teuerung überrascht. Wir gehen jedoch davon aus, dass auch die Privatwirtschaft im allgemeinen, sei es leistungsbezogen, sei es durch Realloohnerhöhungen, den vollen Teuerungsausgleich gewähren wird. Und dies führt im Jahr 2002 zu höheren Steuererträgen als im KEF dargestellt. Die überraschend hohe Teuerung belastet also den

Staatshaushalt nicht nur, sondern bringt bei der heutigen Wirtschaftslage auch nachhaltig höhere Steuererträge.

Mir ist klar, dass auch die Aussicht auf eine zufriedenstellende Rechnung 2001 Ihrer Besorgnis – meiner übrigens auch – um die Entwicklung des Staatshaushaltes nur teilweise entgegenkommt. Die Aufwandsentwicklung hält mit dem Ertragswachstum Schritt. Dies wurde von einzelnen Rednern und Rednerinnen darauf zurückgeführt, dass Regierungsrat und Verwaltung nicht gewillt seien, sich anders zu verhalten und den Aufwand zurückzubinden. An dieser Stelle ist aber auch anzuführen, dass nach den Rezessionsjahren ein Nachholbedarf zu dieser Aufwandsentwicklung führt.

Im Personalbereich, der 2001, nach den Staatsbeiträgen, die absolut grösste Zunahme und die grösste Wachstumsrate aufweist, ist der Nachholbedarf am grössten und auch am direktesten spürbar. Sie haben in der heutigen Tagespresse den Direktor des Arbeitgeberverbandes, Peter Hasler, lesen können – ich zitiere: «Vor allem im öffentlichen Sektor bestand ein Nachholbedarf.»

Für den Regierungsrat ist es völlig klar, dass ihn dies nicht davon dispensiert, weiterhin alte Strukturen zu überprüfen und sie den Erfordernissen der Aufgaben anzupassen, die Effizienz der Aufgabenerfüllung zu verbessern und sich auf die Kernaufgaben zu beschränken. Der Regierungsrat will im Vollzug des Voranschlages 2001 den Ausgleich der Laufenden Rechnung erreichen und ich habe auch gezeigt, dass dies möglich ist. Darüber hinaus will der Regierungsrat die Gunst der guten Konjunktur mittelfristig auch zum Abbau der Verschuldung nutzen.

Ich bitte Sie, dem vorliegenden Voranschlag 2001 zuzustimmen.

Willy Spieler (SP, Zürich): Das Budget 2001 entspricht gewiss nicht in allen Punkten der Sozialdemokratischen Fraktion. Unsere wichtigsten Minderheitsanträge wurden abgelehnt. Das ist umso gravierender, als dies die letzte Budgetdebatte war, die dieser Rat noch ohne das undemokratische Vehikel der Ausgabenbremse bewältigen konnte. Die Minderheit wird in Zukunft auf noch aussichtsloserem Posten stehen. Bei irgendwelchen Anträgen für eine höhere Prämienverbilligung können sich FDP und SVP gleich in corpore ins Wirtshaus verabschieden, da es uns nicht gelingen wird, die nötigen 91 Stimmen zu erreichen – wenigstens bis zu den nächsten Wahlen.

Wie schon für das Budget des laufenden Jahres gibt es auch für das Budget 2001 keine Mehrheit ohne die Zustimmung von FDP und SP. Ich habe zwar das Schlussvotum des SVP-Vertreterers noch nicht gehört, aber nach dem, was ich bisher vernommen habe, macht die SVP weiterhin in Fundamentalopposition. Das heisst, sie verabschiedet sich aus dem Budgetprozess. Sie verabschiedet sich im Grunde genommen auch als Regierungspartei. Ich habe heute von ihnen gehört, dass es endlich gelte, die Grösse dieser grössten Fraktion des Kantonsrates zu respektieren. Aber geschätzte Kolleginnen und Kollegen von der SVP, Grösse allein ist noch kein Argument. Und wenn Sie unter Liebesentzug durch praktisch alle Fraktionen dieses Rates leiden, dann ist es vielleicht doch an der Zeit, den Fehler bei Ihnen selbst zu suchen. Sie machen Ihrem Slogan «weniger Solidarität» bei den letzten Nationalratswahlen alle Ehre. Sie rennen an gegen den Sozialstaat, um unten zu nehmen und oben zu geben durch immer neue Steuererleichterungen und Steuersenkungen. Sie klotzen in Beton mit x Milliarden, die sie dafür zur Verfügung haben wollen, sind aber nicht bereit, in Menschen zu investieren. Das kann nicht gut gehen, das ist auch kein Beitrag zum Wirtschaftsstandort Zürich.

Am vorliegenden Budget bedauern wir, dass es vor allem bei der Prämienverbilligung keinen echten Fortschritt gegeben hat, aber wir anerkennen, dass die Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen wenigstens nicht schlechter gestellt sein werden als im laufenden Jahr. Anders gesagt: Würden wir das Budget ablehnen, hätte die Regierung keinen Anlass, ihre Zustimmung zu einer Ausschöpfung um 65 Prozent aufrecht zu erhalten. Über die Aufstockung auf 80 Prozent wird dank einer Initiative für eine Verbilligung um mindestens 80 Prozent der Souverän das letzte Wort haben. Also, der nächste Wiedererwägungsantrag kommt bestimmt. Er richtet sich an die Adresse des Volkes und wird wohl noch im nächsten Jahr zur Abstimmung kommen.

Wir anerkennen auch, dass mit diesem Budget keine Mittel aus dem Staatsgut in den Strassenfonds fliessen. Die Absichtserklärungen der FDP sind zum Glück nicht Gegenstand dieses Budgets und wenn Sie denn vom Pfad der Tugend, beziehungsweise vom Pfad des Verursacherprinzips abweichen wollen, wird es ja noch anderweitig Gelegenheit geben, uns gegenseitig darüber auseinanderzusetzen.

Das Budget 2001 ist noch weit davon entfernt, ein soziales, gar sozialdemokratisches Budget zu sein. Wenn wir dennoch zustimmen, dann im Interesse der Menschen in diesem Kanton, die, wenn sie nicht zu den Reichsten gehören, bei einem Budget nach Vorgaben der SVP nur verlieren könnten, und in Würdigung auch der Lohngerechtigkeit für das Staatspersonal, die bei einer Ablehnung dieses Budgets wohl gefährdet wäre.

Wir verbinden mit der Zustimmung zu diesem Budget den Dank an den Regierungsrat in seinem Bemühen, ein fairer Arbeitgeber zu sein. Und wir verbinden mit der Zustimmung zu diesem Budget auch die Hoffnung, dass die Regierung künftig noch mehr und grössere Schritte in Richtung soziale Gerechtigkeit unternimmt.

Balz Hösly (FDP, Zürich): Die FDP ist ziemlich weit entfernt davon, mit diesem Budget wirklich zufrieden zu sein. Der Kanton Zürich hat eine Aufwandsteigerung von 6 Prozent bei einer Teuerung von 2 Prozent. Die Staatsquote, mit andern Worten, steigt weiter an.

Auf der anderen Seite mussten wir alle zur Kenntnis nehmen, dass in drei strategischen Entwicklungsfeldern, nämlich in der Gesundheit, der Sicherheit und der Bildung ein Grossteil des Budgets verankert ist.

Ich glaube, wir stehen alle vor der Herausforderung und vor der Erkenntnis, dass ohne strukturelle Veränderung im Kanton Zürich gar nichts geht. Wenn diese strukturelle Veränderung nicht sehr rasch erfolgt, werden wir – das ist so sicher wie das Amen in der Kirche – bei der nächsten Rezession in den Hammer laufen.

Diese strukturellen Veränderungen vorzuspüren, das ist die strategische Aufgabe des Regierungsrates, und meine Kritik zu Beginn dieser Debatte war auch darauf gemünzt. Die Resultate der von der Regierung, aber auch von uns gemachten «Pflästerli»-Politik der letzten Jahre, sind offensichtlich. Zwar haben wir weniger Investitionen wie Abschreibungen vorgenommen, was den Schuldenberg ein bisschen reduziert hat. Wir haben die Erbschaftssteuer abgeschafft, wir haben die Löhne gesenkt in der Rezession – und was ist daraus resultiert? Der vom Finanzdirektor angesprochene Nachholdruck! Diesen Nachholdruck spüren wir in der ganzen Rechnung, im ganzen Budget. Dieser Nachholdruck wird natürlich dann sofort eminent, wenn es Wetterleuchten gibt am finanzpolitischen Horizont.

Wir stellen aber auf der anderen Seite grundsätzlich fest, dass die Wahrscheinlichkeit relativ hoch ist, dass im Jahr 2001 schwarze Zahlen geschrieben und Schulden zurückbezahlt werden können. Ein überrissener Kahlschlag, wie das mit gewissen Anträgen beabsichtigt worden ist, bringt nichts. Überrissener Kahlschlag, vor allem wenn man ihn von einem Jahr zum andern mit Sattelbefehlen vornehmen will, bringt nachhaltigen Schaden. Wir haben das immer wieder gehört in Zusammenhang mit den Strassen. Wenn man den Strassenunterhalt vernachlässigt, werden nachher die Schäden nur umso grösser.

Es stellt sich also die Frage der Ablehnung oder der Annahme dieses Budgets. Was können wir denn erwarten, das sich bis zum März 2001 verändern wird? Der Spielraum der Regierung ist denkbar klein. Ein Nein zu einem Budget wie diesem ist eben keine Lösung, sondern eine Verabschiedung aus der Verantwortung.

Wir sind uns bewusst, dass die Rolle der FDP eine undankbare ist. Wir könnten ein Exempel statuieren und sagen: «So nicht!» Aber das wäre nun wirklich eine Verschleuderung von Ressourcen.

Kluge Staatsleute haben mit Gelassenheit zu ertragen, was sie nicht ändern können. Sie müssen den Mut haben, das zu ändern, was sie können und sie sollten die Weisheit haben, das eine vom anderen zu unterscheiden. Mit einem gewissen Bedauern stelle ich fest, dass sich die FDP auf einer Gratwanderung befindet, weil die SVP Gelassenheit und Mut hat, aber leider nicht die nötige Weisheit. (*Heiterkeit.*) Und die SP kann in Weisheit unterscheiden und ertragen, lässt es aber an Mut fehlen.

Wir ertragen auch bis zu einem gewissen Grad die Häme von Daniel Vischer, die allerdings fehlgeht, weil ich gerade von Ihnen, Daniel Vischer, eigentlich erwarten würde, dass Sie kreative und konstruktive Wege aufzeichnen und sich von Zeit zu Zeit daran erinnern, dass die Grünen ebenso Regierungspartei sind wie es die SVP, SP, CVP und wir sind.

Im Rahmen der Handlungsfreiheit, die wir überhaupt haben, hat die FDP die Anträge, die sie gestellt hat, durchgebracht. Wir sind mit der Leistung der Regierung nach wie vor nicht zufrieden. Wenn wir aber nun der Verwaltung den Bettel einfach vor die Füsse knallen, bringt das eben auch nichts. Insbesondere kritisieren wir die Regierung, weil mit gutem Willen nicht nur eine positive Perspektive auf das Jahr 2001 gezeichnet, sondern auch ein entsprechendes Budget hätte

6390

vorgelegt werden können. Herr Finanzdirektor, es gibt also mit anderen Worten «sun, fun and a lot to do.»

Die FDP wird dieses Budget annehmen.

Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil): Ich habe es heute Morgen schon gesagt: Das Einzige, was im Leben zählt, ist, anderen etwas Freude zu bereiten. Dieser Slogan ist bei der Debatte um die Prämienverbilligung nicht durchgekommen. Genau das war eines unserer Schlüsselemente bei der Budgetberatung. Schon seit jeher hat sich die EVP dafür eingesetzt, im Sinne wenigstens eines Kompromisses – auch bei uns hat es Kolleginnen und Kollegen, die mehr möchten – eine Lösung zu finden, die Hunderten von Familien etwas bringen würde. Und die Familien sind ja schliesslich die Urzelle unseres Staates und gehören gefördert. Diese Chance ist vertan worden.

Wir wissen auch, dass in den vergangenen Jahren dem Personal gegenüber verschiedene Salärerhöhungen vorenthalten worden sind; sicherlich damals mehr oder weniger begründet. Wir dürfen uns heute aber nicht darüber beklagen, wenn nun eben hier neue Forderungen entstehen, welche diese Verluste kompensieren wollen, gerade was das Personal angeht. Da schliesse ich insbesondere das Pflegepersonal mit ein und zwar auch diejenigen, welche nicht nur in der aktiven Pflege tätig sind; die Röntgenassistentinnen, Laborantinnen, Hebammen und so weiter. Sie arbeiten schliesslich ebenfalls im Spital. Hier muss ein Schritt getan werden in Richtung attraktiver Arbeitsplätze. Wenn wir das nicht tun, meine Damen und Herren, werden wir im Gesundheitswesen in einen Notstand geraten und ich wünsche Ihnen und mir, dass wir dann, wenn irgendwie möglich, nicht davon betroffen sein werden. Also treffen wir die notwendigen Vorkehrungen allerspätestens dann, wenn die entsprechenden Nachtragskredite zur Diskussion stehen. Wir sind aber froh, dass hier Signale ausgesandt worden sind, dass in dieser Richtung etwas gehen soll. Die Zusage der Gesundheitsdirektorin haben wir uns wohl notiert.

Bei den Sicherheitsfragen spüren wir, dass die Bevölkerung sich nicht mehr immer so sicher fühlt. Wir hören auch immer wieder von neuen Übergriffen, die sich tagtäglich ereignen, je länger desto mehr. Aus diesem Grunde war es für uns nicht einfach zu verstehen, weshalb der Zusatzkredit für die Kantonspolizei – zugegeben, es sind «nur» vier Millionen Franken – abgelehnt worden ist. Immerhin sind wir froh darüber, dass im Strafvollzug die Stellen, entgegen den vorgesehenen Abbauvorschlägen, doch bewilligt worden sind.

Generell stellt sich jetzt auch für uns die Frage: Wollen wir ablehnen oder sollen wir diesem Budget zustimmen? Lehnen wir ab – denn es ist ein Budget, das auch uns nicht vollumfänglich befriedigt – so zerschlagen wir Porzellan. Und wenn wir Porzellan zerschlagen, müssen wir es in aufwändiger Kleinarbeit zusammenflicken und von neuem beginnen. Deshalb hat die EVP-Fraktion, die ja die einzige Nicht-Regierungspartei ist, in dieser Frage eine pragmatische Haltung eingenommen.

Ich kann Ihnen mitteilen, dass eine Mehrheit der EVP-Fraktion diesem Budget zustimmen wird, allerdings in der Hoffnung, dass die Wünsche, die ich vorhin in Bezug auf das Personal angemeldet habe, auch erfüllt werden.

Markus Werner (CVP, Niederglatt): Die CVP-Fraktion ist mit vier Kernforderungen in diese Budgetdebatte eingestiegen. Wir haben eine ausgeglichene Laufende Rechnung durch strikten Budgetvollzug im kommenden Jahr gefordert, die Gewährung des vollen Teuerungsausgleiches für das Staatspersonal, eine 70-prozentige Ausschöpfung der Krankenkassenprämien-Verbilligungsbeiträge und den Verzicht auf die Einlage allgemeiner Steuergelder in den Strassenfonds. So gesehen können wir eigentlich nachher getrost aus diesem Rat schreiten und uns ein Stück weit auch als Sieger feiern lassen. Ich glaube, wir sind mit all diesen Forderungen, die zugegebenermassen nicht revolutionär waren – aber es waren welche –, durchgedrungen.

Ich glaube auch, dass sich diese, in diesem Jahr etwas moderat formulierten Anforderungen an das Budget, durchaus so vertreten lassen. Als wir in die Budgetdebatte eingestiegen sind, haben wir festgestellt, dass wir einen strukturellen Ertragsüberschuss von ungefähr 200 Mio. Franken haben werden – wie das auch im Budgetvollzugsbericht für das laufende Jahr ausgewiesen wurde. Wir haben auch festgestellt, dass wir im Bereich der Aufwendungen rund 100 Mio. Franken weniger ausgeben werden. Das gibt uns den nötigen Spielraum oder hätte uns den nötigen Spielraum gegeben, um eben auch einer allenfalls höheren Prämienverbilligungsvorlage das Jawort zu geben. Dass es nicht dazu gekommen ist, bedauert meine Fraktion. Sie kann diesen 65-prozentigen Entscheid nun allerdings als einigermaßen zufriedenstellend akzeptieren.

Erlauben Sie mir noch einige Worte dazu, wie dieses Budget überhaupt zu Stande gekommen ist. Bitte denken Sie daran, dass wir uns ja jetzt vom inputgesteuerten Voranschlagsprozess abgewendet haben. Sie, ich, alle hier sollten ja eigentlich Wirkungsziele definieren. Wir sollten hier und heute der Verwaltung sagen, wo es langgeht.

Nun, ich weiss nicht, wer da irgend etwas davon gespürt hat. Es ging eigentlich auch nur um Zahlen, weniger um Ziele. Wenn man die Vorbereitungsarbeit in den Sachkommissionen, auch in der Finanzkommission, genauer anschaut, dann gibt es in diesem Bereich noch sehr viel zu tun. Die Wirkungssteuerung funktionierte in diesem Voranschlag so ziemlich überhaupt nicht. Das empfinde ich als einen sehr grossen Mangel. Ein weiterer Punkt: Seit zehn Jahren – so lange bin ich schon dabei – wird ja jedes Jahr wieder erzählt, man könne vom einen zum andern Budget sehr wenig bewegen; man müsse das auf längere Sicht, namentlich auch erst nach Durchführung einer Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, bewerkstelligen. Diese Aufgabe, die nun Jahr für Jahr weiter geschoben wurde – auch sie wurde klammheimlich verabschiedet.

Die Regierung hat dann irgendwann einmal, auf Anfrage meines Fraktionskollegen Gustav Kessler, klein beigegeben und gesagt, man könne alle diese Sachen, die zu bahnbrechend seien, in dieser Form nicht mehr umsetzen. Ich glaube, dass das Parlament hier eine Aufgabe vor sich hat. Freilich ist sie im Verlaufe dieser Budgetdebatte nicht zu bewältigen.

Noch eine letzte Bemerkung zur Frage der Teuerung. Die CVP hat von Anfang an gesagt, sie wolle, dass das Personal diese Teuerungszulage erhält. Wie das aber zu Stande gekommen ist, scheint mir nun doch erwähnenswert zu sein. Es ist nicht ersichtlich, weshalb die Regierung auf den Novemberindex abstellt, um dann nachher nicht mehr in der Lage zu sein, diesen Budgetantrag in die ordentliche Debatte einzubringen. Unser Vorschlag wäre, zumindest für das nächste Jahr, die entsprechenden Grundlagen zu ändern und auf den September- oder Oktoberindex abzustellen, damit man im Rat nachher über die vollständigen Zahlen diskutieren kann. Der Vorteil bei diesem Vorschlag wäre auch der, dass die Gemeinden in der Landschaft in der Lage wären, die entsprechenden Angaben in ihr Budget zu übernehmen.

Die CVP wird aufgrund all dessen, was ich nun gesagt habe, diesem Budget zustimmen und weiterhin kritisch am Ball bleiben, wenn es darum geht, Unnötiges ab- und Sinnvolles aufzubauen.

Daniel Vischer (Grüne, Zürich): Silvia Kamm hat mir mit ihrem Antrag für eine 80-prozentige Prämienverbilligung und Martin Bäumle mit seinen Streichungsantrag von 100 Mio. Franken beim Strassenbau signalisiert, in welcher Richtung wir uns ein soziales und ökologisches Budget vorstellen; im Rahmen dessen, was in einer Budgetdebatte überhaupt steuerbar ist. Wir haben ja auch zur Kenntnis genommen, dass sich eine Budgetdebatte auf wenige Schwerpunkte konzentriert und dass die Zeiten vorbei sind, in denen über eine Budgetdiskussion dieses und jenes politisch durchgesetzt werden kann – zumindest haben wir diese Illusion verloren, vielleicht auch nie gehabt.

Wir haben uns als unterste Latte Minimalziele gesetzt. Diese Latte wurde nicht unterschritten, sei es beim Strassenfonds, sei es bei der Prämienverbilligung, sei es bei den Polizeistellen, so dass wir, unserer Rolle in diesen Rat bewusst, diesem Budget zustimmen. Eine Ablehnung wäre höchstens ein Zeichen, das in diesem Falle nichts nützt.

Was ist passiert in dieser Budgetdebatte, was ist passiert in den letzten Jahren und was wird passieren? Wir haben Globalbudgets. Es gab die Erwartung, dass über die Globalbudgets der Rat auf differenziertere Weise politisch würde eingreifen können. Ob das wirklich passiert, bezweifle ich. Der Rat muss sich etwas einfallen lassen und auch die Kommissionen, wie sie tatsächlich in den Planungsprozess der Globalbudgets eingreifen wollen.

Die Globalbudgets rollten so daher. Man hörte gewisse Berichtlein, aber ich glaube nicht, dass der Kantonsrat von sich behaupten kann, er habe tatsächlich über die Globalbudgets mitgesteuert. Man vertraut plus-minus auf die Regierung, obwohl es einzelne Globalbudgets gibt, von denen beispielsweise Kollege Martin Bäumle zu Recht gesagt hat, dass es eigentlich eine Frechheit sei, dass sie unter dem Titel Globalbudget überhaupt auf den Tisch des Hauses kommen.

Warum diese plötzliche Einigkeit? Machen wir uns nichts vor! Ausser der SVP nehmen offenbar alle Fraktionen das Budget an; die FDP, weil die Einnahmensituation sich besser präsentieren wird, als hier schwarz auf weiss aufs Buch, und weil wir davon ausgehen, dass der

Aufschwung anhält und die Steuereinnahmen zunehmen werden. Es herrscht eine gewisse Fröhlichkeit ob der Einnahmensituation und die FDP hat einmal mit der SVP gestimmt in Bezug auf die Gesundheit, die Prämienverbilligung. Und sie hat einmal mit der anderen Ratsseite gestimmt in Bezug auf den Strassenfonds – in der Meinung, sie werde das später dann schon einmal auf andere Weise einstimmen. Die FDP muss sich schon überlegen, was sie will. Es nützt ja nichts, landauf, landab immer zu sagen «wir grenzen uns ab von der SVP», wenn sie im wesentlichen sozialpolitischen Bereich letztlich mit verhindert, dass der Kanton Zürich realiter eine 70-prozentige Prämienverbilligung durchsetzt, das heisst, in etwa gleich zieht mit dem interkantonalen Durchschnitt vor allem städtischen Milieus.

Einen Fall nehme ich aber auf, Kollege Balz Hösly, Sie ohnehin bewundernd, dass Sie in dieser Budgetdebatte zu neuer Gelassenheit gefunden haben, wie Sie selbst gesagt haben: Ich glaube auch, dass wir uns als Grüne durchaus bewusst geworden sind, dass offenbar zwischen SP und FDP die grossen innovativen Würfe nicht zustande kommen. Das haben die letzten drei Budgetdebatten klar gezeigt. Und wir werden unsere Rolle schon überprüfen und schauen, inwieweit wir einen kreativen Beitrag für innovative strukturelle Änderungen in diesem Staatsgefüge einzuleiten vermögen. Denn da bin ich mit Ihnen einig – bewegt hat sich letztlich in diesem Staat sehr wenig und nicht einmal so viel, wie die Politik bewegen könnte. Sie wissen ja, ich gehöre nicht zu denen, die heute meinen, die Politik könne sehr viel bewegen gegenüber dem wirtschaftlichen Umfang, aber sie könnte sicher einiges mehr bewegen als wir es tun.

Wir haben Zeichen gesetzt, ökologische, soziale. Wir brauchen eine griffige Parlamentsreform. Die Verwaltungsreform muss angekettet werden an diese Parlamentsreform und wir brauchen auch ein Neuüberdenken der ganzen Personalsituation, sprich Besoldungsordnung und Gesamtarbeitsverträge. Da befindet sich die Regierung im luftleeren Raum. Niemand weiss, was sie oder er macht. Da muss etwas passieren, sonst bricht das Chaos aus.

Wir stimmen zu, ohne Begeisterung, weil Sie nicht unter die Latte gegangen sind, die schon tief war.

Ernst Schibli (SVP, Otelfingen): Balz Hösly, die FDP hat in letzter Zeit mehrmals bewiesen, dass Weisheit erlernbar ist. Und ich hoffe, dass sie diese gute Eigenschaft auch in Zukunft nicht verliert.

Die Ausgabenfreudigkeit für Wünschbares, aber nicht Notwendiges, seitens des Regierungsrates und eines grossen Teils des Kantonsrates zeigt es an – es ist wieder mehr Geld vorhanden. Die momentane Hochkonjunkturlage macht es möglich, das Sparen, in diesem Parlament schon immer von sehr bescheidener Priorität, rückt noch weiter weg. Obwohl der Kanton Zürich einen Schuldenberg von gegen zehn Milliarden Franken aufweist, scheinen der Schuldenabbau und die Aufwandreduktion unermesslichen Begehrlichkeiten vieler nimmersatter Kreise, die den Staat ins Verderben führen wollen, weichen zu müssen.

Die linke Ratsseite entlarvt sich mit ihrem Verhalten selber. In schlechten Zeiten schreien Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach antizyklischem Verhalten, das der Staat an den Tag legen sollte. In besseren Zeiten huldigen Sie einer Ausgabenwut, welche die bereits alarmierende Finanzsituation noch weiter verschlimmert. Der Niedergang und das Debakel des Ostblocks haben leider zu keiner anderen Denkweise führen können. (*Heiterkeit.*)

Ein völlig überrissener Aufwandausbau, kein Schuldenabbau, ein massiver Stellenausbau ohne jegliche Kompensation und trübe Aussichten im KEF sind für die SVP-Kantonsratsfraktion Gründe genug, dieses Budget abzulehnen.

Die staatliche Tätigkeit darf nicht immer weiter ausgedehnt und aufgebläht werden, denn zusätzliche Belastungen werden sich auf die Bevölkerung und die Wirtschaft auswirken. Mit einem schlanken und effizienten Staat aber können Steuern, Abgaben und Gebühren reduziert und die Bevölkerung samt der Wirtschaft entlastet werden.

Wir bitten den Regierungsrat, mit der Sanierung der Staatsfinanzen nun endlich Ernst zu machen. Um massive Verbesserungen zu erreichen, braucht man nur das Fett vom Fleisch zu trennen, ohne daran zu denken, Fleisch vom Knochen zu lösen. Ein vermehrt marktwirtschaftlich geprägtes Denken und Handeln sollte auch beim Staat kein Fremdwort mehr oder gar verpönt sein.

Das Budget 2001 ist keine Zukunftsperspektive in einer Hochkonjunkturphase und wird daher von der SVP-Kantonsratsfraktion abgelehnt. Ich beantrage

Abstimmung unter Namensaufruf.

Martin Bäumle (Grüne, Dübendorf): Daniel Vischer hat mir die Rolle des Fraktionssprechers ungefragt abgenommen; ich verzichte.

Susanne Bernasconi-Aeppli (FDP, Zürich), Präsidentin der Finanzkommission (FIKO): Ich darf Ihnen nun in Zahlen noch die Bilanz unseres dreitägigen Wirkens kundtun. Nach den heute bereinigten Anträgen liegt ein Aufwandüberschuss von 5'063'658 Franken in der Laufenden Rechnung vor. In der Investitionsrechnung ist der Antrag gleichbleibend mit 533'885'000 Franken.

Sie haben im Wesentlichen den Mehrheitsanträgen der Finanzkommission, die meist auch denen der Sachkommissionen entsprechen, zugestimmt. Eine Verschlechterung ergab sich durch die 7 Mio. Franken Einlagen beim Natur- und Heimatschutzfonds, die wir ja aufgrund der abgelehnten Nachtragskredite heute wieder aufgenommen haben.

Ich habe in meinem Eintretensreferat den Finanzdirektor um klare Worte gebeten bezüglich der Rechnung 2001, nicht des Budgets 2001. Dass er seine Hände nicht ins Feuer legen kann für eine ausgeglichene Rechnung 2001, dafür habe ich Verständnis. Aber seine Worte waren klar und ich bin eigentlich optimistisch, dass mit der nötigen Budgetdisziplin die Rechnung 2001 positiv ausfallen wird.

Ich bin auch froh, dass, nachdem nun der Reigen der Fraktionserklärungen abgeschlossen ist, dieses Budget wohl angenommen werden wird, denn es hätte im März 2001 auch nicht besser ausgesehen.

Nun noch kurz etwas zur Finanzpolitik im Allgemeinen. Diese findet nicht primär in ausgedehnten Debatten im Dezember, sondern während des ganzen Jahres in diesem Rat statt. Der Rat beschliesst über ausgabenwirksame Vorlagen und über ebensolche Vorstösse. Kurzfristig, das heisst im Budget, kann nur sehr beschränkt Einfluss auf die Finanzpolitik genommen werden. Diese Erkenntnis sollte sich nun endlich einmal durchsetzen. Und der Ruf nach Budgetrückweisung ist auch in diesem Fall überhaupt kein Heilmittel.

Nötig ist die Einwirkung auf die mittel- und die langfristige Planung – der Finanzdirektor hat dies auch ausgeführt. In diesem Sinne hat die Finanzkommission auch bereits die Präsiden der Sachkommissionen, der Justizkommission, zu einer Sitzung im Januar zum Thema «Leistungsmotion» eingeladen, denn wir sollten früh beginnen. Ich

bin auch klar der Meinung, dass zu Beginn des Jahres die so genannten Rechberg-Gespräche wieder aufgenommen werden sollten, denn nur so können ernsthaft Prioritäten diskutiert werden.

Und ganz sicher muss der Regierungsrat den KEF überarbeiten, da sich das Defizit für das Jahr 2002 durch die Mehrausgaben beim Personal noch erhöht hat und in dieser Form ganz sicher nicht akzeptiert werden kann. Wie wir gehört haben, tut der Regierungsrat dies und hat damit bereits begonnen.

Ich bin nun aber froh, dass wir diese Budgetdebatte heute beenden können und bitte Sie jetzt nur noch, das Budget anzunehmen.

Abstimmung

Für den Antrag, die Schlussabstimmung über den Voranschlag des Kantons Zürich für das Jahr 2001 unter Namensaufruf durchzuführen, stimmen 33 Ratsmitglieder. Damit ist das notwendige Quorum von 30 Stimmen erreicht.

Die Abstimmung wird unter Namensaufruf durchgeführt.

Schlussabstimmung unter Namensaufruf

Für den Antrag, den bereinigten Voranschlag 2001, Vorlage 3809a, zu genehmigen, stimmen folgende 96 Ratsmitglieder:

Annen Ueli (SP, Illnau-Effretikon); Arnet Esther (SP, Dietikon); Attenhofer Hartmuth (SP, Zürich); Balocco Claudia (SP, Zürich); Bapst-Herzog Regina (SP, Zürich); Baumgartner Michel (FDP, Rafz); Bäumle Martin (Grüne, Dübendorf); Bernasconi-Aeppli Susanne (FDP, Zürich); Bernoulli Rita (FDP, Dübendorf); Bertschi Jean-Jacques (FDP, Wettswil a.A.); Biemann Peter (CVP, Zürich); Bolleter-Malcom Nancy (EVP, Seuzach); Bornhauser Martin (SP, Uster); Brändli Sebastian (SP, Zürich); Briner Lukas (FDP, Uster); Bucher Adrian (SP, Schleinikon); Buchs Hugo (SP, Winterthur); Cavegn Reto (FDP, Oberengstringen); Clerici Max (FDP, Horgen); Dähler Thomas (FDP, Zürich); Denzler Oskar (FDP, Winterthur);

Derisiotis-Scherrer Elisabeth (SP, Zollikon); Dollenmeier Stefan (EDU, Rüti); Dürr Lucius (CVP, Zürich); Egg Bernhard (SP, Elgg); Eugster-Wick Yvonne (CVP, Männedorf); Fischer Gerhard (EVP, Bäretswil); Fischer Hans Jörg (SD, Maur); Frey-Wettstein Franziska (FDP, Zürich); Furrer Käthi (SP, Dachsen); Furter Willy (EVP, Zürich); Galladé Chantal (SP, Winterthur); Gerber Rüegg Julia (SP, Wädenswil); Germann Willy (CVP, Winterthur); Götsch Neukom Regula (SP, Kloten); Guex Gaston (FDP, Zumikon); Gurny Cassee Ruth (SP, Maur); Halter Otto (CVP, Wallisellen); Hartmann Hansruedi (FDP, Gossau); Hatt Ruedi (FDP, Richterswil); Heiniger Thomas (FDP, Adliswil); Heinimann Armin (FDP, Illnau-Effretikon); Hirt Richard (CVP, Fällanden); Honegger Andreas (FDP, Zollikon); Hösly Balz (FDP, Zürich); Huber Severin (FDP, Dielsdorf); Illi Liselotte (SP, Bassersdorf); Isler Thomas (FDP, Rüslikon); Isler Ulrich (FDP, Seuzach); Jaun-Gysel Dorothee (SP, Fällanden); Johner Brigitta (FDP, Urdorf); Jud Ernst (FDP, Hedingen); Keller Ueli (SP, Zürich); Kosch-Vernier Jeanine (Grüne, Rüslikon); Kündig Jörg (FDP, Gossau); Kupper Erwin (SD, Elgg); Lais Ruedi (SP, Wallisellen); Lalli Emy (SP, Zürich); Lehmann Luzia (SP, Zürich); Maeder-Zuberbühler Karin (SP, Rüti); Marty Kälin Barbara (SP, Gossau); Mittaz Germain (CVP, Dietikon); Moser-Cathrein Susi (SP, Urdorf); Mossdorf Martin (FDP, Bülach); Noser Ruedi (FDP, Hombrechtikon); Pillard Luc (SP, Illnau-Effretikon); Portmann Hans-Peter (FDP, Kilchberg); Ramer-Stäubli Blanca (CVP, Urdorf); Reber Klara (FDP, Winterthur); Riedi Anna Maria (SP, Zürich); Ruggli Marco (SP, Zürich); Rusca Speck Susanna (SP, Zürich); Sallenbach Hansueli (FDP, Wallisellen); Scherrer Werner (EVP, Uster); Schmid Hansruedi (SP, Richterswil); Schneebeli Hanspeter (FDP, Zürich); Schreiber Kurt (EVP, Wädenswil); Schürch Christoph (SP, Winterthur); Schwitter Stephan (CVP, Horgen); Spieler Willy (SP, Zürich); Spillmann Charles (SP, Ottenbach); Stirnemann Peter (SP, Zürich); Thalmann-Meyer Regula (FDP, Uster); Tremp Johanna (SP, Zürich); Troesch-Schnyder Franziska (FDP, Zollikon); Vischer Daniel (Grüne, Zürich); Volland Bettina (SP, Zürich); Vollenwyder Martin (FDP, Zürich); Waldner Liliane (SP, Zürich); Walti Beat (FDP, Erlenbach); Werner Markus (CVP, Niederglatt); Winkler Gabriela (FDP, Oberglatt); Ziegler Sabine (SP, Zürich); Ziegler-Leuzinger Regula (SP, Winterthur); Ziltener Erika (SP, Zürich); Zopfi Helga (FDP, Thalwil).

6400

Gegen den Antrag, den bereinigten Voranschlag 2001, Vorlage 3809a, zu genehmigen, stimmen folgende 56 Ratsmitglieder:

Achermann Christian (SVP, Winterthur); Ackeret Rudolf (SVP, Bassersdorf); Bachmann Ernst (SVP, Wädenswil); Bachmann Oskar (SVP, Stäfa); Bachmann Rudolf (SVP, Winterthur); Badertscher Hans (SVP, Seuzach); Bergmann Adrian (SVP, Meilen); Binder Fredi (SVP, Knonau); Bosshard Kurt (SVP, Uster); Bosshard Werner (SVP, Rümlang); Brunner Ernst (SVP, Illnau-Effretikon); Duc Pierre-André (SVP, Zumikon); Egloff Hans (SVP, Aesch b. Birmensdorf); Fahrni Hans (EVP, Winterthur); Fehr Hansjörg (SVP, Kloten); Frehsner Rosmarie (SVP, Dietikon); Frei Hans (SVP, Regensdorf); Frei Hans Peter (SVP, Embrach); Good Peter (SVP, Bauma); Grossmann Bruno (SVP, Wallisellen); Habicher Lorenz (SVP, Zürich); Haderer Willy (SVP, Unterengstringen); Heer Alfred (SVP, Zürich); Hess Felix (SVP, Mönchaltorf); Heuberger Rainer (SVP, Winterthur); Heusser Hans-Heinrich (SVP, Seegräben); Hürlimann Werner (SVP, Uster); Jucker Johann (SVP, Neerach); Knellwolf Ernst (SVP, Elgg); Krähenbühl Vilmar (SVP, Zürich); Krebs Kurt (SVP, Zürich); Kübler Ueli (SVP, Männedorf); Kuhn Bruno (SVP, Lindau); Leibundgut Jürg (SVP, Zürich); Leuthold Jürg (SVP, Aeugst a.A.); Mächler Peter (SVP, Zürich); Meyer Ernst (SVP, Andelfingen); Moor-Schwarz Ursula (SVP, Höri); Müller Thomas (EVP, Stäfa); Schibli Ernst (SVP, Otelfingen); Schmid Hansjörg (SVP, Dinhard); Schneider-Schatz Annelies (SVP, Bäretswil); Schwendimann Werner (SVP, Oberstammheim); Sidler Bruno (SVP, Zürich); Styger Laurenz (SVP, Zürich); Styger-Bosshard Maria (SaS, Zürich); Suter Arnold (SVP, Kilchberg); Toggweiler Theo (SVP, Zürich); Trachsel Jürg (SVP, Richterswil); Walliser Bruno (SVP, Volketswil); Weber Theres (SVP, Uetikon a.S.); Wild Hans (SaS, Zürich); Wuhrmann Heinrich (SVP, Dübendorf); Züblin Hans-Peter (SVP, Weiningen); Züst Ernst (SVP, Horgen); Zweifel Paul (SVP, Zürich).

Der Stimme enthalten haben sich folgende 14 Ratsmitglieder:

Amstutz Hanspeter (EVP, Fehraltorf); Büsser-Ber Marie-Therese (Grüne, Rüti); Filli Peider (AL, Zürich); Guyer Esther (Grüne, Zürich); Honegger Werner (SVP, Bubikon); Hunziker Wanner Barbara (Grüne, Rümlang); Kamm Silvia (Grüne, Bonstetten); Müller Felix (Grüne, Winterthur); Munz Roland (LdU, Zürich); Petri Gabriele (Grüne, Zürich); Püntener Toni W. (Grüne, Zürich); Reinhard Peter (EVP, Kloten); Rihs-Lanz Susanne (Grüne, Glattfelden); Schellenberg Georg (SVP, Zell).

Abwesend sind folgende 13 Ratsmitglieder:

Bütler Vinzenz (CVP, Wädenswil); Cahannes Franz (SP, Zürich); Chanson Robert (FDP, Zürich); Dobler Bruno (parteilos, Lufingen); Furrer Werner (SVP, Zürich); Gübeli Jacqueline (SP, Horgen); Hollenstein Erich (LdU, Zürich); Kessler Gustav (CVP, Dürnten); Meier Thomas (SVP, Zürich); Stocker-Rusterholz Ernst (SVP, Wädenswil); Stutz-Wanner Inge (SVP, Marthalen); Vonlanthen Peter (SP, Oberengstringen); Züllig Hansueli (SVP, Zürich).

Der Rat setzt sich gegenwärtig aus 180 Mitgliedern zusammen. Nicht gestimmt hat gemäss Usanz der Ratspräsident.

Der Kantonsrat stimmt mit 96 : 56 Stimmen, bei 14 Enthaltungen, dem bereinigten Voranschlag 2001 des Kantons Zürich zu:

I. Der Voranschlag 2001 wird wie folgt genehmigt:

Verwaltungsrechnung	Laufende	Rechnung:
Aufwandüberschuss		

von Fr. 5'063'658

Investitionsrechnung: Nettoinvestitionen
von Fr. 533'885'000

Laufende Rechnung und Investitionsrechnung der unselbständigen und selbständigen staatlichen Unternehmungen gemäss Entwurf und Nachträgen des Regierungsrates.

II. Mitteilung an den Regierungsrat

III. Veröffentlichung im Amtsblatt.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Rücktritte

Ratssekretär Hans Peter Frei: Rücktritt aus der Kommission zur Prüfung der Rechnung und des Geschäftsberichtes der Zürcher Kantonalbank von Germain Mittaz, Dietikon: «Heute wurde ich als

Mitglied des Bankrates der ZKB gewählt. Aus diesem Grunde trete ich auf den 31. Dezember 2000 aus der ZKB-Kommission zurück.

Die ZKB-Kommission hat mir viel Freude bereitet. Für die gute Zusammenarbeit mit sämtlichen Kommissionsmitgliedern, Protokollführerinnen, Bankpräsidium und der operativen Leitung des Institutes gilt ein herzlicher Dank. Auch die als Präsident der ZKB-Kommission gemachten Erfahrungen sind für das neue Amt eines Bankrates sehr wertvoll.

Der ZKB-Kommission ist es gelungen, innerhalb eines knappen Jahres zwei Geschäftsberichte vom Kantonsrat abnehmen zu lassen. Inskünftig soll die Abnahme immer im April stattfinden.»

Ratspräsident Hans Rutschmann: Ich danke Germain Mittaz für die als Präsident und Mitglied der ZKB-Kommission geleisteten Dienste und bitte die Interfraktionelle Konferenz (IFK), die Nachfolgeregelung an die Hand zu nehmen.

Ratssekretär Hans Peter Frei: Rücktritt aus der Finanzkommission von Bruno Kuhn, Lindau: «Ich möchte nach zehnjähriger Tätigkeit als Mitglied der FIKO zurücktreten. Die amtsjüngeren Mitglieder sind gut eingearbeitet, die Arbeit in der Kommission läuft rund.

Ich danke der Präsidentin, den Mitgliedern und der Sekretärin der FIKO für die gute Zusammenarbeit.»

Ratspräsident Hans Rutschmann: Ich danke Bruno Kuhn für seine langjährige erfolgreiche Tätigkeit in der FIKO unter den Präsidentinnen Regula Pfister, Liselotte Illi und Susanne Bernasconi. Die IFK bitte ich, die Nachfolgeregelung ebenfalls an die Hand zu nehmen.

Ratssekretär Hans Peter Frei: Rücktritt aus dem Zürcher Kantonsrat von Markus Werner, Niederglatt: «Die zeitliche Belastung durch meine berufliche Tätigkeit hat in den letzten beiden Jahren Ausmasse angenommen, welche es zunehmend verunmöglichen, meinen Verpflichtungen als Kantonsrat vollumfänglich nachzukommen. Da sich an dieser Situation in absehbarer Zukunft nichts ändern wird, sehe ich mich veranlasst, mein Kantonsratsmandat per 19. Dezember 2000 niederzulegen.

Ich möchte mich bei meinen Fraktionskollegen und Ihnen allen für die angenehme Zusammenarbeit in den Kommissionen sowie für die – in den überwiegenden Fällen – gewährte Fairness beim Austragen von Disputen im Plenum bedanken.»

Ratspräsident Hans Rutschmann: Markus Werner gehörte dem Kantonsrat seit den Gesamterneuerungswahlen von 1991 als Vertreter des Bezirkes Dielsdorf an. Während seiner annähernd zehnjährigen Zugehörigkeit zu unserem Parlament wirkte der Christdemokrat in 22 Vorberatenden Kommissionen mit. Seit 1992 war er überdies Mitglied der Finanzkommission. Bei den gegenwärtigen Budgetberatungen haben wir also letztmals auf seine engagierte Vorarbeit zählen dürfen. Neben seinem Einsatz für gesunde Staatsfinanzen stand Markus Werner vorab für Belange der Rechtspflege und eine verbesserte Stellung der Familien ein.

Ich danke Markus Werner herzlich für seine für den Kanton Zürich geleisteten wertvollen Dienste. Meine besten Wünsche begleiten ihn in seiner persönlichen und beruflichen Zukunft. (*Applaus.*)

Glückwünsche der Regierungspräsidentin zum Jahreswechsel

Regierungspräsidentin Rita Fuhrer: Die Vielfalt charakterisiert unseren Kanton Zürich. Wir haben pulsierende anregende Grosstädte und wunderbare ländliche Gegenden. Genau so leben moderne Kulturangebote neben althergebrachten Traditionen in unserem Kanton. Wir sind ein grosser Landwirtschaftskanton und eine wichtige Wirtschaftsregion. Diese Vielfalt ist für uns Freude und Genuss, aber gleichzeitig auch erhöhte Verpflichtung und Verantwortung.

Weil aber die Vielfalt auch in der Bevölkerung des Kantons Zürich lebt und widergespiegelt wird hier in diesem Rat, ist es nur natürlich, dass in diesem Haus verschiedene Meinungen vertreten werden, wenn es um die Wahrnehmung dieser Verantwortung geht. Nicht nur die Budgetdebatte hat das gezeigt. Oft genug wurde während des vergangenen Jahres hart um Lösungen gerungen. Nicht die Vielfalt, sondern die klare und notwendige Gewaltentrennung bringt es mit sich, dass Rat und Regierung nicht immer Arm in Arm durch die

kantonalzürcherische Landschaft gehen. Es gab manche Differenz auszutragen und zu diskutieren – mit der Geschäftsleitung, mit den Kommissionen und schliesslich mit dem Kantonsrat.

Ob all der Differenzen und unterschiedlichen Auffassungen dürfen wir aber das Gemeinsame nicht vergessen. Getragen wird unsere politische Arbeit vom gemeinsamen Willen, an unserem Kanton Zürich zu arbeiten, die Verantwortung wahrzunehmen und Lösungen zu suchen für Probleme, die bei uns oft früher und konzentrierter auftreten als andernorts. Unsere Entscheidungen haben deshalb ein zusätzliches Gewicht – auch daran haben wir zu denken. Und gerade deshalb wünsche ich mir als Regierungspräsidentin ein kantonales Zürich, das mitreissen kann, das Impulse geben kann, das mitziehen kann bei neuen Lösungen.

Den Kantonsrätinnen und Kantonsräten, den Mitgliedern der Kommissionen, den Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten, der Geschäftsleitung und vor allem dem Ratspräsidenten danke ich für die Zusammenarbeit im zu Ende gehenden Jahr, für die Diskussionen und für die Entscheidungen, für die manchmal harten Auseinandersetzungen und auch für die gemütlichen gemeinsamen Stunden.

Doch auch wenn die Gedanken von uns Politikerinnen und Politikern vorab dem Staat und den staatlichen Institutionen gelten, besteht unser Leben doch auch noch aus anderem. Sicher wären wir unglücklich in einem Land, in dem Bund, Kantone und Gemeinden ihre Aufgaben nicht wahrnehmen würden. Doch auch wenn sie ihre Aufgaben perfekt erfüllen, für unser wirkliches Glück braucht es mehr. Dafür braucht es ein Leben mit Familie und Freunden, mit Menschen, mit denen wir zusammenarbeiten, mit denen wir gemeinsame Interessen teilen und mit denen wir unsere Freizeit verbringen. Es braucht Menschen, die wir mögen und die uns mögen.

Es gibt zahlreiche Bedürfnisse, die der Staat nicht befriedigen kann, aber auch zahlreiche Institutionen, Stiftungen, Vereine oder auch einfach nur einzelne Personen, die sich für solche Anliegen freiwillig einsetzen. Davon leben karitativen Zwecken verpflichtete Organisationen, davon lebt unsere Kultur, davon lebt der Sport, davon leben auch die Politik und zahlreiche andere Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens. Und sie alle sind darauf angewiesen, dass es Freiwillige gibt, die mitmachen und sich engagieren.

Die UNO hat das Jahr 2001 zum Jahr der Freiwilligen erklärt und anerkennt damit etwas, das in unserem Land eine lange und gute Tradition hat. Ich wünsche mir, dass dieses Jahr der Freiwilligen weitere Kreise unserer Bevölkerung ermuntert, sich zu engagieren.

Ihnen allen hier danke ich im Namen der Regierung des Kantons Zürich für Ihre Bereitschaft, sich in diesem Milizparlament für die Belange des Staates Zürich und seiner Bevölkerung einzusetzen. Sie haben dafür in Ihrem Beruf einen besonderen Effort geleistet, haben Ihre Freizeit eingeschränkt, und Ihre Familien und Freunde haben auf Ihr Amt Rücksicht genommen. Das alles ist nicht selbstverständlich und verdient Respekt und Anerkennung. Am Ende der letzten Ratssitzung in diesem Jahr 2000 wünsche ich Ihnen und all Ihren Lieben ein besinnliches, ruhiges Weihnachtsfest und für das neue Jahr Erfolg, Glück, Gesundheit und Menschen, mit denen Sie Freundschaft und Wärme verbindet. Alles Gute und besten Dank. (*Applaus.*)

Glückwünsche des Kantonsratspräsidenten zum Jahreswechsel

Ratspräsident Hans Rutschmann: Wir sind nun am Schluss der letzten Sitzung in diesem Jahr. Ich möchte mich bei Ihnen für die geleistete Arbeit für den Kantonsrat, aber auch für die korrekte und faire Zusammenarbeit im Rat herzlich bedanken. Ich wünsche Ihnen und Ihren Angehörigen schöne Weihnachten und anschliessend einen erfolgreichen Start ins neue Jahr. Selbstverständlich gelten dieser Dank und diese Wünsche auch den Damen und Herren des Regierungsrates, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Parlamentsdienstes sowie der Presse. Ich wünsche Ihnen schöne Festtage.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Änderung zusätzliche Abschreibungen (§ 137 Gemeindegesetz)**
Motion *Jörg Kündig (FDP, Gossau)*, *Ernst Jud (FDP, Hedingen)*
und *Severin Huber (FDP, Dielsdorf)*
- **Gutachten über die Zusammenlegung der Seepolizeien**
Postulat *Helga Zopfi (FDP, Thalwil)* und *Thomas Dähler (FDP, Zürich)*

- **Ausbildung von Lehrpersonen im Bereich Nachholbildung**
Postulat *Elisabeth Derisiotis (SP, Zollikon)*, *Susanna Rusca Speck (SP, Zürich)* und *Emy Lalli (SP, Zürich)*
- **Rahmenbedingungen für die Errichtung von Krippenplätzen in allen Gemeinden des Kantons Zürich**
Postulat *Franziska Troesch-Schnyder (FDP, Zollikon)*, *Beat Walti (FDP, Erlenbach)* und *Brigitta Johner (FDP, Urdorf)*
- **Lärmgrenzwerte für Landesflughäfen und Richtplanung**
Anfrage *Ueli Keller (SP, Zürich)*, *Luzia Lehmann (SP, Zürich)* und *Barbara Marty Kälin (SP, Gossau)*
- **Ausschaffungshaft für Familien mit Kleinkindern**
Anfrage *Thomas Müller (EVP, Stäfa)*

- **Sprachlastigkeit unsere Gymnasien**
Anfrage *Daniel Vischer (Grüne, Zürich)*
- **Fragwürdiges Vorgehen bei den Berufungen an die Pädagogische Hochschule**
Anfrage *Dr. Jean-Jacques Bertschi (FDP, Wettswil a.A.)* und Mitunterzeichnende

Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr

Zürich, den 18. Dezember 2000

Die Protokollführerin:
Heidi Khereddine

Vom Ausschuss Ratsprotokolle der Geschäftsleitung genehmigt am 15. Januar 2001